

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustration Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-  
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Verschickt täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die schwebelnde Kolon-  
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerbliche Verträge  
 und Besondere Anzeigen 20 Pf.  
 „Kleines Inserat“ jedes Wort 5 Pf.  
 Nur das erste Wort fett. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Ansprechender: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 23. April 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Ansprechender: Amt I. Nr. 5121.

### Zur Regelung der gewerblichen Kinderarbeit.

Der an den Reichstag gelangte und bereits an diesem Mittwoch zur Beratung stehende Gesetzentwurf, welcher die gewerbliche Kinderarbeit in Deutschland wenigstens zu einem kleinen Teil bekämpfen will, ist von uns bereits als eine socialpolitische Halbheit gekennzeichnet worden. Das Grundübel dieser neuesten Maßnahme der Reichs-Socialpolitik ist, daß sie sich nicht entschließen konnte, die Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder überhaupt zu verbieten. Statt dessen hilft sie sich mit dem teilweisen Verbot der Kinderarbeit und schwächt damit die Wirksamkeit ihres Vorgehens verhängnisvoll ab.

Nach Besprechung der bekannten Ergebnisse der Erhebung von 1898 streift der Autor, Dr. Schenk, die Ursachen des zögernden Vorgehens der Gesetzgebung gegen die Kinderarbeit. Neben den kapitalistischen Ausbeutern selbst sind es noch eine Menge von Faktoren, die bei der Bekämpfung der Kinderarbeit ihre Wunden und Abwehr haben. Es sind nicht immer lautere Motive. So führt Dr. Schenk eine Armenverwaltung an, welche zu dem klassischen Ausspruch gelangte: die Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder müsse in gewissem Grade ausgenutzt werden, bevor die Hilfsbedürftigkeit der betreffenden Familie im armenrechtlichen Sinne anerkannt werden könne! Also Kinderausbeutung, damit die Gemeinden um die Unterstützung ihrer Armen herumkommen. Da ist recht bemerkenswert ein Urteil der Regierung zu Potsdam: „Die Menschenkultur ist auf jeden Fall noch wichtiger und notwendiger, ja auch dem Staate noch erspriechlicher, als selbst die Erhöhung der Industrie und des äußeren Wohlstandes, welche noch dazu nur durch jene wahrhaft und dauernd gesichert werden kann.“ So urteilte die Potsdamer Regierung bereits am 31. Januar 1828. Wie herrlich weit wir es in der Zeit von 74 Jahren gebracht haben, zeigt drastisch die Thatsache, daß heute die Reichs-Socialpolitik es noch nicht einmal wagt, die Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder kurzweg zu verbieten.

Mit Recht bedauert Dr. Schenk, daß die Statistiken über die Wirkungen der Kinderarbeit ohne Zuziehung von Ärzten gemacht worden sind. Im andern Fall besäßen wir mehr und eingehendere Feststellungen über die Schädigungen des körperlichen Wohls der Kinder durch die Erwerbsarbeit. Immerhin sind auch die vorliegenden Urteile der Gewerbeinspektoren, der Schullehrer usw. absprechend in Bezug auf die Wirkungen der frühzeitigen kapitalistischen Ausbeutung der Kinder.

Neben der Verwüstung der Gesundheit der Kinder durch die Erwerbsarbeit widerspricht letztere auch direkt den Absichten, aus welchen unsere Volksschule hervorgegangen ist. Die Schule soll das Kind für das Erwerbsleben vorbereiten; die frühzeitige Arbeit der Kinder aber hindert die Schule an der Erfüllung ihrer Aufgaben, weil die geistige Frische und Spannkraft der Kinder durch die Erwerbsarbeit beeinträchtigt ist.

In wie schlimmer Weise dies der Fall ist, zeigen, neben schon bekannten, einzelne vorgenommene Erhebungen. In Sera wurde bei den Erhebungen im Wintersemester 1896/97 bei 29,84 Proz. der gewerblich thätigen Kinder ein nachteiliger Einfluß auf den Unterricht festgestellt. Sihen geblieben waren von den 573 beschäftigten Kindern 219 = 38,22 Proz. und zwar 59 mehr als einmal. Nach den Erhebungen in Nixdorf waren 39,83 Proz. der erwerbsthätigen Kinder wenigstens einmal sihen geblieben, in Mühlhausen i. Thür. 49 Proz. Nach den Erhebungen in Charlottenburg haben normal vier Fünftel der Kinder das richtige Massenalter, von den erwerbsthätigen dagegen rund 60 Proz. ein übernormales. Mangel an geistiger Regsamkeit, Unpünktlichkeit und Unregelmäßigkeit im Schulbesuch und Nachlässigkeit bei der Ausführung der häuslichen Arbeiten ist bei rund 48 Proz. konstatiert worden. „Unbesiegbare Neigung zum Einschlafen während der Stunden“, das ist charakteristischerweise eine der Hauptklagen der Lehrer bei den gewerblich thätigen Kindern. Unsere Reichs-Socialpolitik aber sucht die gewerbliche Kinderarbeit auch noch zu beschönigen, indem sie zur Entschuldigung ihrer Halbheit in der Begründung des Kinderarbeit-Gesetzentwurfs sagt, eine mäßige Beschäftigung von Kindern habe ihre Berechtigung, weil sie geeignet sei, die Kinder an körperliche und geistige Thätigkeit zu gewöhnen, den Sinn für Fleiß und Sparsamkeit zu erwecken und sie vor Rühgiggang und andern Abwegen zu bewahren, — eine Meinung, die bei wohlwollender Auslegung auf eine grobe Verwechslung der erzieherischen Wirkungen anregender Handfertigkeit-Arbeiten

und der körperlich und geistig niederdrückenden Erwerbsarbeit hinausläuft. Wir haben wenigstens bisher nichts davon gehört, daß die Minister oder die besitzenden Klassen überhaupt ihre Kinder hausindustriell arbeiten lassen, damit ihr Sinn für Fleiß und Sparsamkeit gepflegt werde. Derartige Bemerkungen in der Begründung des Gesetzentwurfs wirken geradezu als eine Verhöhnung der ganzen Reform!

Dr. Paul Schenk hat sich an zahlreiche Magistrate, Regierungen und Polizeibehörden gewandt und mit deren Hilfe zum erstenmal ziemlich vollständig die sämtlichen Verordnungen gesammelt, die von einzelnen deutschen Behörden über die Kinderarbeit erlassen worden sind. Diese Zusammenstellung bietet ein krasses Bild der Schulpflichtigkeit der Proletariatskinder in Deutschland.

Zunächst kommen die bekannten Paragraphen der Reichs-Gewerbe-Ordnung in Betracht, sowie die Bundesrats-Verordnungen auf Grund des § 120a der Gewerbe-Ordnung. Aber Polizeiverordnungen, betreffend die Beschränkung der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder, die sich auf diesen Paragraphen stützen, sind teilweise gerichtlich angefochten und auch aufgehoben worden, weil es sich hier nur um Verordnungen über Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen und Regelung des Betriebs für gewerbliche Arbeiter, aber nicht für schulpflichtige Kinder handelt. Dagegen hat das preussische Kammergericht für Recht erkannt, daß Polizeiverordnungen, welche die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder beschränken, zu Recht bestehen, soweit sie sich auf § 6 f des Gesetzes über die Polizeiverwaltung von 1850 und 1867 stützen. Danach hat die Polizeibehörde das Recht, nach Beratung mit dem Gemeindevorstand Vorschriften zu erlassen, welche der Sorge für Leben und Gesundheit der Einwohner entspringen sind.

Seit diesem, 1898 erlassenen Rechtskenntnis haben eine Reihe von Städten entsprechende Verordnungen bezüglich der Kinderarbeit erlassen. Sie beziehen sich hauptsächlich auf die Beschäftigung von Kindern im Gastwirtschafts-Betriebe und auf der Bühne. Andre deutsche Städte haben bereits vordem Polizeiverordnungen über die Beschäftigung von Kindern im Kleingewerbe-Betriebe erlassen. Für Regelausssehen, Ausstragen von Fleisch- und Backwaren sind in den einzelnen Städten gewisse Altersgrenzen gezogen. Doch sind dabei nur die allerschlimmsten Niststände getroffen und von einem eigentlichen Schutze der Kinder kann nicht die Rede sein. Erlaubt doch eine Polizeiverordnung in Hannover-Linden vom Jahre 1900 ausdrücklich, daß schulpflichtige Kinder, welche das zwölfte Lebensjahr vollendet haben, in Gast- und Schankwirtschaften bis 11 Uhr abends beschäftigt werden können.

Gegenüber all den reaktionären Einwänden bezüglich eines gänzlichen Verbots der Kinderarbeit, gelangt Dr. Schenk zu einem Urteil, welches sich durchaus mit dem unsrigen deckt. Treffend sagt er in seiner Arbeit:

„In der Erwerbsarbeit der Kinder ein notwendiges Mittel zur Beseitigung der sozialen Nothlage zu sehen und ihr absolutes Verbot daher für etwas Unerreichbares zu halten, ist meines Erachtens ebenso verkehrt, wie die Bekämpfung von Pest, Cholera und Tuberkulose aus dem Grunde für unnütz zu erklären, weil diese Krankheiten notwendige Mittel zur Decimierung der sonst über die Unterhaltungsmittel hinauswachsenden Menschheit sind.“

Leider scheint aber der Standpunkt der Reichs-Socialpolitik dieser verkehrten Anschauung sehr nahe zu kommen. Der Reichstag wird deshalb den Entwurf der Regierung einer durchgreifenden Revision unterziehen müssen.

### Das clerikale Massacre in Löwen.

Unser ständiger Brüsseler Korrespondent schreibt uns aus Löwen vom 20. April:

Gestern mittag langten wir in Löwen an, einer Stadt von 45 000 Einwohnern, im flämischen Teil der Provinz Brabant gelegen.

Löwen hat ein kleinstädtisches Aeußere. In den äußeren Straßen herrschte eine spröppelnde Ruhe, die Ruhe des Kirchhofes, die nur von Scharen vorüberziehender Pfaffen unterbrochen wird: Wir befanden uns im Dorado der Clerikalen.

Je weiter wir in die Stadt dringen, je lebhafter wird es. Die Bevölkerung steht vor den Thüren, den traurigen Vorfall diskutierend. Die zahlreichen, in Holzschuhen einhergehenden Arbeiter lehren uns, daß wir uns im Arbeiterviertel befinden. Vor dem Volkshaus in der Rue de Malines stehen in lautloser Stille die Söhne und Töchter des Proletariats, den Moment erwartend, ihren gefallenen Brüdern den letzten Gruß zuzusenden. Wir betreten den Hof. Die Genossen sind noch mit der Aufbahrung der Toten beschäftigt. Ein Genosse erzählt uns mit von Thränen erstickter Stimme die der Fülle voransgehenden Umstände.

Die Arbeiter hatten am Freitagabend wie schon oft eine Manifestation organisiert. Ohne jeden Zwischenfall gelangten die Manifestanten in die Rue du Morais, vis-a-vis vom Ausgang der Straße befindet sich das Haus des Kammerpräsidenten Schollaert. Die hier postierte Civilgarde gab ohne jede vorherige Warnung auf die in dieser manerumschlossenen, einem Kassen gleichenden Straße am Weitemarsch gehenderten Menge mehrere Salven ab. Vier Tote blieben auf der Stelle.

In der Rue Tirkemont wurde ebenfalls gegen 9 Uhr abends auf Manifestierende von der städtischen Civilgarde geschossen.

Hier fiel ein Manifestant. Von den Bleiwunden sind im Laufe der letzten Stunden noch 3 ihren Wunden erlegen. In der Rue Morais ist das ganze Straßensystem mit Blut gefärbt.

Wir treten an die Bahre der Gefallenen. Am Kopfende lesen wir die Namen Petrus Janssegers, Martin Vaulens, Petrus Jensen, Petrus Imberchts, Baptiste Govaerts. Der jüngste der Gefallenen zählt 16 Jahre, der älteste 47. Die Köpfe der Toten weisen fast alle Schießwunden auf.

Zwei der Gefallenen sind Mitglieder der Parti Ouvrier. —

Das Begräbnis war, um Aufstörungen zu vermeiden, vom Bürgermeister schon um 7 Uhr anberaumt. Vor dem Volkshaus hatte sich trotz früher Morgenstunde das Proletariat von Löwen eingefunden, um seinen Brüdern die letzte Ehre zu erweisen.

Zum zweitenmale standen wir an der Bahre unsrer Freunde, die in dem schwarz drapierten Raum auf weissem Sinnen gebettet lagen. Ihre Gesichter waren durch die Schußwunden entsetzlich entstellt.

Da lagen sie im Hause des Volkes, dort, wo sie so oft geweint und an dessen Aufbau sie wieder mitgearbeitet. Die Frauen schluchzen, die Männer sind ernst, stumm beim Vorübergang; allmählich wird es Tag im Trauerhause, die ersten Strahlen der Frühlingssonne huschen über die bleichen Gesichter der gefallenen Märtyrer. —

Der Polizei ist vom Bürgermeister befohlen, am Leichenzuge teilzunehmen, als Vertretung der Stadt Löwen. Die socialistische Partei war durch Vandervelde vertreten.

Wir passierten im Leichenzug die Stelle des vorgestrigen Kampfes. Einige tausend Frauen erwarteten dort den Trauerzug. Auf dem Friedhof sind schon neun Gräber gegraben, da drei Verwundete kaum den Tag überleben werden.

Vandervelde hielt die Grabrede:

Brüder! Die, welche Euch beweinen, Eure Freunde, haben den Trost, daß Ihr Euer Leben nicht umsonst geopfert habt, Ihr werdet die allgemeine Erhebung gegen das elende Verloren herbeiführen. Hier vor den Leichen der Märtyrer erneuern wir den Schwur, den Kampf, dem Ihr Euer Leben geopfert habt, weiterzuführen bis zum endlichen Siege.

Im Namen des Proletariats der ganzen Welt rufe ich Euch das letzte Abschiedswort nach. Die Arbeiterklasse wird niemals vergessen, daß Ihr für unsere gemeinsame Sache gestorben seid. Der Geschichte bleibt es vorbehalten, zu urteilen, wer Euer Leben auf dem Gewissen hat. Unsere Rache wird sein, weiter an der Beseitigung eines Regimes zu arbeiten, das sich auf nichts anderes stützt, als auf den Betrug und die Gewalt! —

Die Särge verschwanden langsam in der Erde. — Langsam geteilt sich die Menge. —

### Die Scham der Ordnungshelden.

Unser Brüsseler Korrespondent meldet: Der Bürgermeister und die Senatoren von Louvain erließen folgenden Aufruf:

Mitbürger! Gestern abend (Freitag) haben traurige Vorfälle sich ereignet. Das Blut floß in den Straßen von Löwen. Die Bürgergarde, befehligt die Ordnung aufrecht zu erhalten, hat Gebrauch von ihren Waffen gemacht, um nicht von der Masse überwältigt zu werden. Ihre Haltung war ohne Tadel und niemand wird das bestreiten. Aber jedermann wird auch die Ausschreitung gewisser Bürger beklagen. Gerührt durch legitimes Mitleid haben wir beschlossen, Subskriptionslisten anzulegen zu Gunsten der Gefallenen. Wir hoffen, daß das geflossene Blut das letzte sein wird. Wir mahnen zur Einigkeit und hoffen, daß dieser Appell mehr Gehör findet als der erste.

Der Offizier, der die schießende Civilgarde befehligte, wird polizeilich gesucht. Er ist aber unaufrichtig. Er hat am Bahnhof ein Billet nach Paris genommen.

### Die schamlose Kammermehrheit.

Brüssel, 22. April. (B. G.) In der heutigen Kammer Sitzung kamen die blutigen Zwischenfälle in Löwen zur Sprache. Der socialistische Abgeordnete Langerdan, der die Interpellation eingebracht hatte, wirft einen Mißstand auf die Ereignisse der letzten Tage und kommt zu dem Schluß, daß die Bürgerwehr und namentlich der Major de Keef nicht von den Aundgebern angegriffen worden sei, und daß bei der kleinen Anzahl der Demonstranten die Bürgerwehr nicht hätte schießen dürfen. Die Verantwortlichkeit falle auf diese zurück. Der Minister des Innern verliest einen Brief des Bürgermeisters von Löwen, worin dieser die Auslagen eines Polizeioffiziers anführt, in welchen das Gegenteil behauptet wird. Erst im letzten Augenblick angefaßt der großen Gefahr habe die Bürgerwehr gefeuert. Die Rechte begrüßte diese Erklärung des Ministers mit Beifall und Gebungen. Auf der Linken entricht ein großer Lärm. Rufe werden laut, wie Vanditen, Mörder etc. Der Antwerpener katholische Abgeordnete Delbeque ruft: „Die Mörder sind auf Ihrer Seite. Der Abgeordnete Termagne wollte mich an der Spitze von 800 Kundgebendern angreifen.“ Bei diesen Worten verjuchte Termagne sich auf Delbeque zu stürzen, was aber von den Saalbedienten verhindert wurde. Es entstand ein furchtbarer Tumult. Der Präsident mußte die Sitzung aufheben. Nach Wiederaufnahme derselben verlas der Präsident eine Tagesordnung des liberalen Abgeordneten Janssen, der eine administrative Untersuchung verlangt, deren Resultat der Kammer mitgeteilt werden soll, und eine Tagesordnung des katholischen Abgeordneten Termagne, welche einfachen Uebergang zur Tagesordnung fordert. Letztere wurde mit 75 gegen 30 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

### Zur Taktik der belgischen Genossen.

Unser nach Brüssel entsandter Specialcorrespondent schreibt uns noch zu der neuesten Wendung der Dinge:

Ich habe mich in wiederholten eingehenden Unterredungen mit den politischen Führern unserer belgischen Genossen, mit den Leitern der Genossenschaftsbewegung und mit zahlreichen in der Bewegung thätigen Genossen darüber unterhalten, welchen Eindruck der schon am letzten Freitagabend ernsthaft diskutierte Beschluß auf Einstellung des Generalstreiks im In- und Auslande machen werde, welche politischen und welche organisatorischen Folgen eine solche Maßnahme zeitigen werde. Das Resultat dieser privaten Umfrage kann ich ungefähr in folgenden Sätzen zusammenfassen:

Alle unsere Genossen waren einmütig der Ansicht, daß es bei der Ausbehnung der Bewegung, bei der Stimmung der Massen, bei der Haltung der Krone und der liberalen Elemente der Garde civique unschwer möglich sei, einen Bürgerkrieg zu entfesseln und den König zu verjagen. Das würde zwar Ströme von Blut kosten, aber der endliche Erfolg wäre kaum zweifelhaft. Indessen muß man doch im Auge behalten, um was es sich eigentlich handelt: das belgische Volk will das allgemeine gleiche Wahlrecht erzwingen. Das wird es erlangen. Sein erster gewaltiger Ansturm ist von den Aristokraten mit Mähe und Not abgelenkt worden, der Baum ist nicht auf den ersten Streich gefallen. Auf den zweiten wird er fallen. Nach sechs Monaten, nach einem Jahre, wie gerade die politische Gesamtsituation es mit sich bringt, wird der Versuch erneut werden; und dann wird man durchdringen, da auch die verbottene Regierung und die finstere liberale Kammermehrheit das Land nicht öfter solchen schweren wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen aussetzen kann.

Der Bürgerkrieg, der Sturz Leopolds ist möglich, aber zur Erreichung des allgemeinen gleichen Wahlrechts nicht nötig.

Entsiefert man ihn, so kann nur die Errichtung der sozialen Republik sein Ziel sein. Aber dazu erachten die einsichtigen belgischen Genossen, die ein ausgeprägtes Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, das dortige Proletariat noch nicht für reif. Von Anfang an waren die belgischen Genossen fest entschlossen, nur auf gesetzlichem Wege vorzugehen und den Generalstreik nicht zu einem Bürgerkrieg ansetzen zu lassen, der zu einer Decimierung der tüchtigsten Kräfte führen würde. Sodann rechnet man damit, daß im Falle eines Sturzes des Königtums eine ausländische militärische Intervention wahrscheinlich, wenn nicht sicher wäre. Ueber deren materiellen Erfolg dürfte aber doch wohl nirgends ein Zweifel bestehen. Von den Bajanetten der Preußen und Franzosen — denn gerade auch von dorthier hält man ein Eingreifen, wenigstens nach wohlgeordneten Kammerwahlen, für möglich — würde das belgische Proletariat vollständig über den Haufen gerannt werden.

Das ist in kurzen Zügen die Grundstimmung unserer belgischen Parteigenossen, die man ernstlich prüfen sollte, bevor man ihnen in deutschen Blättern einen offenen Vorwurf daraus macht, daß sie den Generalstreik nicht zur Entfaltung des Bürgerkrieges benutzten.

Da obige Zuschrift unser Genossen, die wir als Beitrag zum Verständnis der Taktik unserer belgischen Genossen wiedergeben zu sollen glaubten, scheint uns allenfalls die Aufhebung des Generalstreiks zu erklären, nicht jedoch dessen Proklamierung. Denn wenn der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei Veranlassung zu so ernstlichen Bedenken gegen eine längere Dauer des Generalstreiks zu haben glaubte, so ist schwer verständlich, warum er überhaupt den Generalstreik proklamierte. Der hartnäckige Widerstand der Regierung und die brutale Niederschlagung der Demonstranten, die geradezu als Provokation der Massen aufgefaßt werden mußte, hätten ihm doch den Beweis liefern müssen, daß die Reaktion auch weiterhin vor Demonstrationen nicht zurückweichen würde. Ein Generalstreik von vier Tagen konnte aber nur den Charakter einer Demonstration tragen. So vollständig wir auch darin mit unserem nach Brüssel entsandten Korrespondenten übereinstimmen, daß der Durchbruch der Reaktion die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts durch unsere belgischen Genossen nur um eine kurze Spanne Zeit hinausjögern wird, so wenig können wir uns der Auffassung verschließen, daß das Vorgehen der Leitung der belgischen Partei während der ganzen Wahlrechts-Campagne den Charakter eines unsicheren Experimentierens trug, der sich auch bei der Anwendung des letzten Mittels, des Generalstreiks, nicht verleugnete.

### Das Manifest der Liberalen.

Die Gruppe der Linkliberalen hatte bereits am Samstagabend ein Manifest erlassen und der sozialistischen Arbeiterpartei unterbreitet. Dasselbe stimmt in den wesentlichsten Punkten mit dem der Sozialisten überein. Es erkennt die Verdienste der Arbeiterklasse, ihre Energie und Opferwilligkeit an; den Generalstreik für notwendig, die aber unangenehme Leiden über die Arbeiterklasse bringen. Die Liberalen raten deswegen an, den Generalstreik aufzuheben. Es wird schließlich auf die Wahlen vom 25. Mai verwiesen, an welchem Tage das belgische Volk den Kampf von neuem beginnen werde. Es scheint, daß diese Kundgebung der Linkliberalen nicht ohne Einfluß auf die Entschlüsse des sozialistischen Generalrats gewesen ist.

### Die Antwort Leopolds.

Auf eine Adresse, welche die Brüsseler Handelskammer an den König gerichtet hat, und in welcher sie denselben bittet, im Interesse von Handel und Industrie in die politische Lage einzugreifen, antwortete der König: „Die königliche Regierung, welche die Gegenwart und Zukunft fest im Auge hat und die verfassungsmäßigen Vorschriften treu innehat, hat die Pflicht, diejenige Politik zu befolgen, welche sie als die einzig richtige für das Wohl und die Ruhe des Vaterlandes erachtet.“

**Wien, 22. April. (B. H.)** Gegen den sozialistischen Abgeordneten Langendank sowie verschiedene andre Persönlichkeiten ist wegen Aufreizung zum Aufstande ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden. Mehrere Personen wurden bereits vor den Staatsanwalt citiert.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. April.

### Der Reichstag.

hatte am Dienstag zunächst eine Guldigungsrede des Grafen Ballestrem an den verstorbenen 22. Heinrich aus Neuf a. V. zu überreichen.

Dann wurde die erste Lesung der Vorlage über den fliegenden Gerichtsstand der Presse zu Ende geführt. Viel Neues konnte weder von den Anhängern noch von den Gegnern des Entwurfs gesagt werden. Vom Standpunkt des Journalismus bekämpfte der Centrums-Abgeordnete Dr. Marcour die Ausnahmebestimmung zu Gunsten der Privatkläger und stellte für die zweite Lesung einen entsprechenden Antrag in Aussicht. Der freisinnige Abg. Dr. Müller-Reiningen nannte die Vorlage ein Danaergeschenk für die Presse und schloß sich den Gründen, die Heine gestern dagegen entwickelt hatte, im

vollen Umfange an. Wie bedenklich das Gesetz ist, bewies der Enthusiasmus, mit dem es der Reichsparteiler Dr. Stodmann begrüßte. Die zweite Lesung der Vorlage wird im Plenum erfolgen.

Dann wurde die zweite Lesung der Schaumweinsteuer begonnen und zu Ende geführt. Der Kaiser Devisor sprach sich im Namen der elsässischen Schaumweinindustrie gegen die neue Steuer aus, deren Ertrag bekanntlich mit dazu bestimmt ist, die Kosten für die Flottenvorlage zu decken. Auch der nationalliberale Großhändler und Producent Deinhard bekämpfte das Gesetz, das den Wünschen der Schaumweinindustrie nicht entspräche. Genosse Wurm stellte gleichfalls in Aussicht, daß seine Partei gegen das Gesetz stimmen werde, weil es schädlich auf die Industrie wirken müsse und der Luxus nicht durch solche Palliativmittelchen, sondern allein durch eine kräftige Einkommen- und Vermögenssteuer zu treffen sei. Die Konzeption will bekanntlich eine Steuerbanderole einführen, aber auch noch eine außerordentlich lästige Beamtenkontrolle bestehen lassen. Die Freisinnigen versuchten die ursprüngliche Regierungsvorlage zur Annahme zu bringen. Ihre Anträge wurden aber sämtlich abgelehnt. Schatzsekretär v. Thielmann konstatierte mit großer Zufriedenheit, daß die neue Steuer einen Ertrag von 1/2 Millionen abwerfen würde, die die Reichskasse sehr gut gebrauchen könnte.

Am Mittwoch steht die erste Lesung des Gesetzes gegen die Kinderarbeit auf der Tagesordnung. Nachher soll die dritte Lesung der Seemannsordnung vorgenommen werden.

### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Dienstag die dritte Lesung des Etats fort und überwies zunächst einen Antrag der Abgg. Graf Limburg-Stürum (L.) und Gothein (fr. Bg.), von der Position von 150 000 M. für die technische Hochschule in Danzig 10 000 M. abzusetzen und diese zu Vorarbeiten für die Errichtung einer technischen Hochschule in Breslau zu verwenden, an die Budgetkommission. Hierauf beriet das Haus in dunter Reihe verschiedene Etats, wobei diejenigen Redner, die bei der zweiten Lesung noch nicht genügend zu Worte gekommen zu sein glaubten, wieder durch das Vortragen lokaler Wünsche die Debatte in einträglicher Weise hingenogen. Erst am Schluß der Sitzung wurde die Aufmerksamkeit des Hauses erweckt, als sich an die im Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung enthaltene Position für die Errichtung eines Magerviehhofs in Friedrichsfelde bei Berlin ein erregter Meinungs-austausch zwischen den Agrariern und den Vertretern der Freisinnigen, insbesondere den Herren Ring (Konfervativ) und Dr. Crüger (fr. Bg.) anschloß. Die Argumente, die die Gegner und die Freunde der Position anführten, waren dieselben, wie bei der zweiten Lesung, aber der Kampf hatte an Heftigkeit erheblich zugenommen. Herr Ring behauptete die Geschlossenheit, gegen den Abg. Crüger, obwohl dieser nicht mehr im Hause war, eine Reihe persönlicher Angriffe zu richten in einer Schärfe, wie sie sonst in Parlamenten unbekannt ist. Nach Bewilligung der Position vertagte das Haus die Fortsetzung der dritten Etatsberatung auf Mittwoch.

Am Ende der Debatte über den Magerviehhof in Friedrichsfelde haben wir hervor:

**Landwirtschaftsminister v. Pöbbecke:** Ich habe noch einmal den Minister für öffentliche Arbeiten befragt, wie er sich zur Eingabe der Gemeinde Rummelsburg zu dieser Angelegenheit stelle. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat mir darauf erwidert, daß das von der Gemeinde Rummelsburg zur Errichtung eines Schweine- und Gänsemarktes in Aussicht genommene Gelände nach seiner Ansicht für die damit zu erreichenden Zwecke nicht erhalte. (Hört! hört! rechts.) Bei dem geplanten Viehhof in Friedrichsfelde handelt es sich um einen Versuch, der aber von hervorragender Wichtigkeit ist. Da dieser Versuch bei Rummelsburg unmöglich ist, möchte ich die Herren bitten, der Regierungsvorlage ihre Zustimmung zu geben. (Weisfall rechts.)

**Abg. Ring (L.):** Der bisherige Rummelsburger Schweine- und Gänsemarkt hat durch die Verunsicherung, die er mit sich brachte, der deutschen Landwirtschaft Milliarden gekostet. (Oh! links.) Ein einziger Schweinetransport von Rummelsburg aus hat zahlreiche Viehbestände in Schlingen inficirt. Die Sachverständigen halten die Errichtung von offenen Magerviehhöfen für ein hygienisches Erfordernis. Ich habe mich nun gefragt, warum denn die Stadt Berlin ein solches Interesse daran hat, daß Rummelsburg den geplanten Magerviehhof bekommt. Es ist unzweifelhaft, daß in kurzer Zeit Rummelsburg in Berlin eingemeindet werden wird. Dann wäre der Magerviehhof in den Händen der Stadt Berlin. Dieser Wunsch ist der Stadt Berlin auch laun zu werden, denn der Berliner Schlachtviehhof hat im Jahre 1900 fast 2 Millionen Ueber-schuß ergeben. (Hört! hört! rechts.) Wie ist es da uns Landwirten zu verzeihen, wenn wir den Magerviehhof, auf dem es sich doch hauptsächlich um landwirtschaftliche Interessen handelt, in landwirtschaftliche Hände zu übergeben wünschen? Was die Genossenschaft für Viehverwertung anlangt, der die Errichtung des Magerviehhofes in Friedrichsfelde konzeptioniert werden soll, so bietet das Vermögen der Genossenschaft, das 10 Millionen beträgt, vollständige Garantie für die der Genossenschaft zu gewährende Summe.

**Abg. Crüger (fr. Bg.):** Schon die übertriebene Behauptung des Abg. Ring, daß der Rummelsburger Schweine- und Gänsemarkt der deutschen Landwirtschaft Millionen gekostet habe, ist bezeichnend für den Wert seiner Behauptungen. Diese Kreditgewährung von 2 1/2 Millionen bedeutet eine Annuität an den Landtag, wie sie selten an uns gestellt wird. Herr Ring operiert so fast immer mit der Behauptung von der Notlage der Landwirtschaft. Derselbe Herr aber sucht uns zu beweisen, daß alle Landwirte, die Mitglieder der deutschen Viehverwertungs-Genossenschaft sind, von höchster finanzieller Leistungsfähigkeit sind. Wir sind gegen eine Centralisation des Magerviehhofes. Handelt es sich hier um einen lokalen oder einen centralen Magerviehhof? Der Minister hat neulich die Abtät der Centralisierung bestritten, nach den Ausführungen des Abg. Ring besteht die Gefahr der Centralisierung in hohem Maße. Eine Centralisation des Magerviehhofes ist gerade geeignet, die Seuchengefahr zu vergrößern. Herr v. Pöbbecke meinte bei der 2. Lesung, in Preußen bestiehe überhaupt keine Seuchengefahr, es handle sich nur um eine Einschleppung aus Süddeutschland oder Oesterreich. So sei im August v. J. in Bayern die Maul- und Klauenseuche plötzlich in hervor-ragendem Maße aufgetreten. In Bayern war man über diese Behauptung des Herrn v. Pöbbecke sehr aufgeregt und die bayerische Regierung hat sogar im Landtag offiziell dazu Stellung genommen. Die deutsche Viehverwertungs-Genossenschaft ist ein verschwägert mit dem Bund der Landwirte; sie ist ein Mitglied einer Verbandsklasse des Bundes der Landwirte. (Hört! hört! links.) Die betreffende Verbandsklasse aber erhält Kredit aus der preussischen Centralgenossenschaftskasse. (Hört! hört! links.) Was es nicht auch ein unerhörtes Verbrechen, daß die Viehverwertungs-Genossenschaft auf bloße Fugase des Finanzministers hin, daß diese Forderung an den Landtag gerichtet werden würde, sofort das betreffende Terrain bei Friedrichsfelde erworben hat? Wir haben die Verpflichtung, in eine nochmalige Prüfung der Forderung einzutreten und uns die Genossenschaft ganz genau anzusehen.

**Landwirtschaftsminister v. Pöbbecke:** Der Vorredner ist zurückgekommen auf meine Ausführungen über die Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche in Norddeutschland und in Bayern. De

**Herr Abgeordnete selbst lebt!** doch in Norddeutschland, er ist ein Abgeordneter Preußens und da hätte ich gedacht, daß er das Empfinden gehabt hätte, für mich einzutreten zu sollen. (Große Lärche und Oh! links.) Herr Dr. Crüger hätte doch etwas in die öffentliche Statistik hineingucken sollen. Am 15. Oktober waren in Preußen 68 Viehhöfe verzeichnet, in Bayern 321. (Hört! hört! rechts.) Einen Monat später waren in Preußen 138 Viehhöfe, in Bayern aber 48,7 Proz. aller Viehhöfe verzeichnet. Am 31. Dezember 1901 waren in Preußen 30 Viehhöfe, aller Viehhöfe, in Bayern aber 98,7 Proz. der Viehhöfe verzeichnet. Am 28. Februar d. J. war dann der Stand in beiden Staaten wieder der gleiche: es waren nur noch 0,01 pro Wille der Viehhöfe sowohl in Preußen wie in Bayern verzeichnet. Ich hatte danach als preussischer Landwirtschaftsminister die Pflicht, die preussische Landwirtschaft zu ermahnen, bei dem Bezug von Vieh aus Bayern vorständig zu sein. (Weisfall rechts.)

Was meine früheren Ausführungen über das mangelhafte Vieh auf dem Berliner Schlachtviehhof betrifft, so hat auch die deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft anerkannt, daß zum Beispiel das in Frankfurt a. M. aufgetriebene Vieh bedeutend gleichmäßiger in seiner Qualität ist, als das Material des Berliner Viehhofs. Wir müssen aber doch dafür sorgen, daß nur gutes Vieh zur Schlachtbank geführt wird; das liegt im Interesse der Ernährung der Berliner Bevölkerung. In Berlin sind die Fleischpreise naturgemäß teuer. Das aber die Differenz zwischen dem Großhandels- und dem Kleinhandelspreis pro Kilogramm, die im Durchschnitt der Monate 15 Pfennig beträgt, in Berlin 30 Pfennig ausmacht. (Hört! hört! rechts), das giebt doch zu denken.

**Abg. Dr. Friedberg (natl.):** Die Opposition, namentlich der Berliner Herren, gegen das Projekt ist mir nicht recht verständlich; umföweniger, als die Stadt Berlin offenbar früher gegenüber der Errichtung eines solchen Viehhofes eine große Gleichgültigkeit an den Tag gelegt hat.

**Abg. Ring (L.):** Abgeordneter Dr. Crüger hat die Rede, die er vor vier Wochen bei der zweiten Lesung gehalten hat, heute noch einmal gehalten. Er muß diese Rede schon auswendig kennen. (Heiterkeit rechts.) Hat er sie doch zwischen der zweiten und dritten Lesung auch in so und soviel freisinnigen Bezirksvereinen gehalten! (Große Heiterkeit rechts.) Redner zieht unter sämmtlichen Geschlechtern der Reden ein großes, rotes Plakat aus der Tasche, das er entfaltet und in der Luft schwingt. Hier heißt es z. B.: „Öffentliche Proletenversammlung am 14. März gegen die Errichtung eines Viehhofes in Friedrichsfelde.“ Redner: der berühmte — pardon: der Abg. Dr. Crüger! (Stürmische Heiterkeit rechts.) Ich kann es Herrn Dr. Crüger nicht verdammen, daß er aus Bequemlichkeitsrücksichten heute wieder dieselbe Rede gehalten hat. (Heiterkeit rechts.) Herr Crüger, der in seinem Privatverhältnis Genossenschaftsanwalt, hat es sich zur Aufgabe gemacht, fortwährend die landwirtschaftlichen Genossenschaften anzugreifen und zu diskreditieren. (Große Lärche links; Zuruf: Umwahr!) Das ist un-gläubigste Feststellung. Der Genossenschaftsanwalt Dr. Crüger (Präsident v. Kröcher) läutet leise mit der Präbentenglocke, der Abgeordnete Crüger (Heiterkeit) ist thätiglich nicht Anwalt für die Genossenschaften, sondern gegen die Genossenschaften. (Oh! und großer Lärm links.) Nur der Verband, den er vertritt, hebt sich leuchtend vom dunklen Himmel ab. (Zehr richtig! links. Zuruf: Er nimmt keine Staats-hilfe.) Ein Professor Staudinger in Darmstadt geht mit ihm in einem Wochenbericht der Großhandels-Genossenschaften der deutschen Konsumvereine sehr scharf ins Gericht. Er wirft ihm vor, daß er die Genossenschaften, die nicht auf seinem politischen Standpunkt ständen, niederguschmettern suche. (Oh! links.) Er betrachtet das Genossenschaftswesen nur vom parteipolitischen Standpunkt. (Abg. Dr. Crüger ruft: Es ist mir nie eingefallen!) Niemand denkt daran, in Friedrichsfelde einen Central-Viehhof für ganz Deutschland zu errichten, wie Herr Dr. Crüger immer noch behauptet. (Lebhafter Weisfall rechts.)

**Präsident v. Kröcher:** Der Vorredner hat vom Abg. Dr. Crüger zwar nicht gesagt, aber citirt, Abg. Dr. Crüger sei „moralisch unhaltbar“. Nun weiß ich ja sehr gut, daß der Herr Abgeordnete sich dies Urteil nicht zu eigen macht (Heiterkeit), trotzdem möchte ich bitten, solche scharfen Sachen auch nicht zu citieren.

Damit schließt die Debatte.

### Milchzoll und Milchkrieg.

Eine eigene heitere Voge schuf der Postavis-Kommission die in der Dienstagssitzung erfolgte Abstimmung über den Milchzoll. Milch ist zollfrei und soll auch nach der Vorlage zollfrei bleiben. Die Reichs- als -Pöster waren hiermit nicht einverstanden. v. Wangenheim und in Vertretung seiner Dr. Gahn verlangten Zollsätze von 3 M. für frische, 5 M. für sterilisierte und pasteurisierte Milch, 20 M. für frischen Rahm, 30 M. für sterilisierten. Camp, Herold und Genossen wollten die Milch mit 3 M. Rahmen mit 15 M. belegt wissen, Buttermilch und Rollen freilassen. Die Sozialdemokraten hatten zwei Wege gewählt, um den Milchzoll, den die Mehrheit gestellt hatte, unschädlich zu machen. Zunächst hatten sie, da die 150 000 Doppelcentner all-jährlicher Milcheinfuhr im wesentlichen in den Grenzbezirken verbraucht werden, beantragt für den Fall der Annahme eines grund-sätzlichen Zollantrages in den Grenzbezirken bis 5 Kilogramm zollfrei zu lassen. Dieser Antrag wurde zur Erledigung in Gemeinschaft mit andren die Grenzbezirke betreffenden Anträgen zurückgestellt. Daraufhin beantragten sie als Unterantrag zu den Anträgen v. Wangenheim und Camp, die Kuhmilch frei zu lassen. Bei der Abstimmung wurde zunächst die von der Regierungsvorlage vorgeschlagene Zollfreiheit mit knapper Mehrheit abgelehnt. Dann wurde aber das Amendement auf Zollfreiheit der Kuhmilch mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Dies Resultat rief stürmische Heiterkeit hervor und bewirkte bei den zollfreundlichen Gegnern, insbesondere dem des Vorstehenden Reichs, so verdunte Mienen, daß die Abwesenheit eines Momentphotographen lebhaft zu bedauern war. Sollen wir denn jetzt noch über die Anträge Wangenheim und Camp abstimmen? fragte ein Mitglied der Mehrheit. Doch, doch, Schafmilch, Ziegenmilch, Pferdemilch, tiefen einige, Heringmilch, Milch der frommen Denkungsart höflichen andre Mitglieder der Zollfreiheit. Es wurde abgestimmt. Den Vätern der Anträge v. Wangenheim und Camp war aber die Zollfreiheit an der Milch durch Annahme der Zollfreiheit der Kuhmilch so verehelt, daß sie selbst nunmehr gegen ihre Anträge stimmten. Milch bleibt also zollfrei.

Schlechter erging es der Butter und dem Käse. Die Regierungsvorlage schlägt hier gegenüber dem bestehenden Zustand (General-tarif 20, Vertragstarif 18 und 15 M.) eine Erhöhung auf 30 M. vor. Diese Erhöhung wurde nach Ablehnung der Zollfreiheit und der höhere Sätze begehrenden Anträge angenommen.

Einen erheblichen Raum nahm in der Debatte die Markt-milch-Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten ein. Vergeblich legte der Landwirtschaftsminister v. Pöbbecke eine Lanze für diese Verordnung ein. Die Vorwürfe konnte er nicht entkräften, welche von Fischel und Stadthagen nach der Richtung hin erhoben wurden: die Einschränkung des neuen Begriffs „Marktmilch“ statt „Hausmilch“, die Herabsetzung des Mindestfettgehalts Milch auf 2,7 statt 3,3 Proz., die Bezeichnung der Vollmilch (der Milch, wie sie von der Kuh kommt) als „u. u.“ (Marktmilch, Magermilch u. u.) heißt es in der Verordnung seien Verstöße gegen Treu und Glauben, begünstigten und förderten Betrug und Milchverfälschung, eine Herabsetzung des Fettgehalts und eine Hinausschraubung des Preises der Milch befördere die Sterblichkeit von Tausenden von Kindern. Der Behauptung insbesondere des Abgeordneten Poasche, die Verordnung entspreche auch nicht dem Wunsch des Milchringes, wurde die Neuhierung eines der Führer des Milchringes (Müller-Frederdorff) entgegengehalten: „Die neue Milchverordnung ist für uns Milch-

produzenten gemacht und soll uns helfen." Die allerdings noch zurückgeschlagenen Angriffe auf die Milch durch Hölle enthalten, insbesondere durch die bekannte Berliner Polizeiverordnung, insbesonders durch das Verlangen: der Deutsche solle im "nationalen" Interesse einer Verfälschung der Milch Vorbehalt leisten. Der Wunsch des Milchringes: der Landwirt pautsche, löfste und löfste und manische, bis er sich die Pautschmilch als "Marktmilch" zurechtgemacht, erhielt in der Debatte eine gründliche Abfrage.

Sein Herzog II, den die Ueberzähler um 666 Proz. erhöhen wollen, wurde die Debatte unterbrochen.

## Deutsches Reich.

### Die Diäten.

Der angekündigte und vielbesprochene Gesetzentwurf einer Diätenspende für die Mitglieder der Posttarifkommission ist nunmehr dem Reichstage zugegangen und wird jedenfalls demnächst zur ersten Lesung gelangen. Der nur wenige Zeilen umfassende Gesetzentwurf lautet:

„Den Mitgliedern der vom Reichstage zur Vorberatung des Entwurfs eines Posttarifgesetzes eingesetzten Kommission wird für die Teilnahme an den Sitzungen der Kommission, welche während der Unterbrechung der Plenarverhandlungen des Reichstages stattfinden, ein Betrag von je Zweitausend vierhundert Mark aus der Reichskasse gewährt. Die hierzu im Gesamtbetrage von 67 200 M. erforderlichen Mittel sind bei dem Etat des Reichstages außerordentlich zu veranschlagen.“

Als Begründung wird nur ausgeführt: „Der Entwurf eines Posttarifgesetzes erfordert so umfassende Erörterungen innerhalb der dafür eingesetzten Kommission des Reichstages, daß es notwendig sein wird, die Kommissionsberatungen auch während solcher Zeiträume abzuhalten, in welchen Verhandlungen im Plenum des Reichstages nicht stattfinden.“

Es entspricht der Billigkeit und dem bei Vorberatung der Reichs-Zustimmung laut § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 1874 (Reichs-Gesetzl. S. 194) sowie laut § 3 des Gesetzes vom 1. Februar 1876 (Reichs-Gesetzl. S. 15) eingeführten Verfahren, daß die Mitglieder der Kommission für diese außergewöhnliche Inanspruchnahme eine Entschädigung erhalten, welche in Einklang mit dem angezogenen Vorgang und im Hinblick auf die voraussichtliche Dauer der Beratungen auf Zweitausend vierhundert Mark zu bemessen sein wird.“

Würde diese Begründung des Gesetzentwurfs ernst genommen, so enthält sie die ungeheuerlichste Herabwürdigung der Tätigkeit und des Wertes, den jedenfalls ein Teil der Abgeordneten fortwährend, auch ohne Diätenempfang, aufweist. Für die Postarbeit soll es „der Billigkeit entsprechen“, eine Entschädigung zu erhalten; alle übrige Tätigkeit des Reichstages ist also nach dieser löstlichen Begründung so unbedeutend, daß es vielmehr unbillig wäre, dafür Entschädigung zu geben.

In Wirklichkeit will die Regierung hier Entschädigung geben, nicht weil ein besonders großer Arbeitsaufwand nötig ist, sondern weil die Arbeit dem volksfeindlichen Postwucher-Gesetz gilt. Auch andere Kommissionen des Reichstages haben über „außerordentliche Inanspruchnahme“ zu leiden, ohne daß die Regierung daran denkt, Entschädigungen gewähren zu wollen. Und weiter! Wird nicht die Postvorlage eine ähnliche „außerordentliche Inanspruchnahme“ dem Plenum des Reichstages auferlegen? Vielleicht dauern die Plenarberatungen über die Vorlage länger als die Kommissionsberatungen. Warum sollten die Kommissionsmitglieder vor den übrigen Abgeordneten derart ungerecht bevorzugt werden.

Schon aus diesen Gründen müßte der Gesetzentwurf auch für diejenigen Parteien manchembar sein, die um des Wuchergewinnes willen Neigung für ihn haben könnten. Aber, wie sicher scheint, beabsichtigt das Centrum, entgegen der bisherigen Haltung seiner eigenen Parteipresse, den Gesetzentwurf anzunehmen. Das würde bedeuten, daß dem Centrum zur Erreichung des Postwuchers auch die Würde des Reichstages feil ist. Die Centrumspartei ist ferner stets grundsätzlich für allgemeine Reichstagsdiäten eingetreten; indem es jetzt den Sündenlohn dieser Ausnahmemaßnahmen anzunehmen bereit ist, verrät es seine eigene grundsätzliche Forderung, denn es ist selbstverständlich, daß die Regierung niemals Diäten gewähren wird, wenn der Reichstag in einem Einzelfalle, in dem die Regierung sich in einer Zwangslage befindet, sich mit der Ausnahme-Entschädigung abfinden läßt. Diese Ausnahmemaßnahmen sind nicht der Vorboten zur Erfüllung der vielmals beschlossenen und von der Regierung abgelehnten Diätenforderung des Reichstages, sie schließen vielmehr die Erfüllung dieser Forderung für alle absehbare Zeit aus.

Es ist außer Zweifel, daß die Postopposition Diäten, die nur die Zwecke des Postwuchers erfüllen sollen, durchaus verworfen wird. Sie wird, wie wir annehmen dürfen, versuchen, die Vorlage in ein Gesetz zur Erfüllung der allgemeinen Diätenforderung zu verwandeln.

Schließlich ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Regierungsvorlage verfassungswidrig ist. Die Reichsverfassung schreibt im Artikel 32 vor, daß die Mitglieder des Reichstages als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen dürfen. Es ist ein seltsames Schauspiel, daß die Regierung, welche öfter der Verfassung zu sein beansprucht, hier leichtfertig die Verfassung zu brechen bereit ist und daß ihrem Vorhaben gerade diejenigen Parteien zu folgen gedenken, welche gleichfalls häufig sich besonderer Verfassungstreue rühmen. Ohne Verfassungsänderung ist die Regierungsvorlage für jeden, dem die Verfassung nicht dazu da ist, daß sie nicht beachtet werde, unannehmbare.

Ueber die Niederlage des Sozialismus triumphiert am lautesten die — „Freisinnige Zeitung“. Das ist recht unwürdig; denn wenn die Sozialdemokratie eine Niederlage erlitten hat, so haben die Liberalen mindestens in denselben Maße eine Niederlage erlitten, weil ja auch sie für die Wahlrechtsrevision kämpften.

In dessen dieser sehr unlogische Triumph aber ist nun wieder einmal eine Selbstentblühung freisinnigen Geisteslebens. Der Haß gegen die Arbeiter ist bei den Freisinnigen viel härter als die Abneigung gegen das reaktionäre Waffenregiment. Selbst die einfachen und selbstverständlichen Rechte der Arbeiter sind den Leuten Eugen Richter immer noch ein Stein. Jeder Streik ist ein Rechtsbruch, soweit dabei andernbedingene Kündigungsfristen nicht innegehalten werden,“ bellamiert das Blatt. Ein Streik aber zur Erreichung politischer Zwecke sei vollends verwerflich. Ueber das Wringen des Generalstreiks empfindet die „Freisinnige Zeitung“ schon deshalb eine „besondere Genugthuung“, weil damit auch die — „Mafseier gerichtet sei.“

Kein Scharfmacher-Organ kann blöder den Haß gegen die Arbeiterbewegung äußern als es die „Freisinnige Zeitung“ in diesem Artikel thut. Für wäre belgischen Genossen aber mag diese Stimme aus dem Lager der „radikalsten“ bürgerlichen deutschen Partei nicht uninteressant sein.

Sehr viel Geld haben offenbar die deutschen Soldaten in China gehabt. Wir haben gestern gemeldet, daß der Redacteur des „Holländischen Volksblattes“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, weil sich ein Feldwebel durch eine Klotz über das aus chinesischer Seide gefertigte Brautkleid seiner Frau beleihtigt gefühlt hat.

Jetzt ersehen wir, daß die Quittung, die sich der Feldwebel von dem Kaufmann in Kienfün über den rechtswidrigen Kauf der Seide hat ausstellen lassen, sich auf nicht weniger als — 160 M. beläuft. In Deutschland kann man Kleider aus chinesischer Seide erheblich billiger kaufen. Es scheint also, daß sich der freigebige und wohlhabende Feldwebel von dem Kaufmann hat arg übervertelt lassen.

Selber ist weder der Feldwebel noch der Kaufmann in Kienfün über die Einzelheiten des interessanten Kaufs sichtlich vernommen worden. Bemerkenswert ist immerhin die Vorsicht, mit der sich die Soldaten über vollzogene Käufe von China-Wandern Quittungen haben ausstellen lassen. Wenn aber alle deutschen Soldaten und in entsprechend höherer Lage auch die Offiziere derartige Käufe in China vollzogen haben, so haben die Chinesen vielleicht an dem Krieg noch verdient.

Bemerklich ist nur, daß nicht auch die deutsche Meeresleitung die übliche Kaufpraxis verfolgt hat und die astronomischen Instrumente mit dem vollen Marktwert gegen eine regelrechte Quittung an sich gebracht hat!

Die „Freiheit“ der Postbeamten. In der Petitionskommission des Reichstages wurde am Dienstag eine Petition des früheren Postkassiers Stadtbreiter in Dortmund verhandelt. Er ist entlassen worden, weil er unter seinen Kollegen Abonnenten für das Organ der Postunterbeamten „Der Postbote“ sammelte und das Blatt unter den Kollegen verbreitete. Seine Entlassung erfolgte auf Grund des Erlasses des früheren Staatssekretärs für das Reichspostamt von Pöbbeckel.

Die sozialdemokratischen und freisinnigen Mitglieder der Petitionskommission vertreten den Standpunkt, daß der betreffende Erlass jeder rechtlichen Begründung entbehre. Das Verbot des Lesens und Abonnentensammelns für das genannte Fachblatt sei ein Eingriff in das Privatleben der Postunterbeamten, der streng zu beurteilen sei. Auch die Vertreter des Centrums konnten in der Agitation für den „Postboten“ kein Dienstvergehen erblicken. Die Mehrheit der Kommission (12 Stimmen) beschloß, die Petition Studirendes um Wiederanstellung als Postkassier dem Reichstanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Konservativen hielten die Petition für ungeeignet zur Erörterung.

Auskunftsstelle für Auswanderer. Es wird berichtet: Wie in der Reichstags-Sitzung vom 10. März d. J. beschlossen wurde, soll der Deutschen Kolonialgesellschaft künftighin eine Subvention von 30 000 M. zur Errichtung einer Central-Auskunftsstelle für Auswanderer gegeben werden, die allen denen, welche künftighin auszuwandern gedenken, mit Rat und That zur Seite stehen soll. Die Auskunftsstelle ist bereits am 1. d. Mts. unter Leitung des Generalkonsuls a. D. Rosel in Tätigkeit getreten und hat am 15. d. Mts. ihre Geschäftsräume in Berlin, Scheinstraße 4 im zweiten Stock, für das Publikum eröffnet. Die Sprechstunden sind auf die Zeit von 11 bis 3 Uhr an Wochentagen und von 12 bis 1 Uhr an Sonntagen festgesetzt. Die Central-Auskunftsstelle erteilt auf mündliche oder schriftliche Anfragen über die wirtschaftliche und politische Lage in jenen Ländern unentgeltlich Auskunft an alle diejenigen, welche nach einem andern Lande auszuwandern gedenken.

## Ausland.

### Die Wahlrechts-Bewegung in Schweden.

In „Socialdemokraten“ wird von mehreren Augenzeugen sehr ausführlich über die Unruhen in Stockholm berichtet. Aus allem geht hervor, daß es sich hierbei um einen ganz brutalen Angriff der Polizei auf eine durchaus friedlich demonstrierende Volksmenge handelt, dem Volke das Demonstrieren zu verleben. Anfangs verhielt sich die Polizei durchaus human, wie es einer die Ordnung schaffenden Macht zukommt. Als aber der Zug, vom Veranlassungsort am Vikings-Platz kommend, am Gustav Adolf torv anlangte, war dieser Platz abgesperrt. Die Menge wurde von der Polizei nach der Jacobsgata verwiesen und da hier eine enge Gasse zu passieren ist, gab es natürlich eine Stagnation. Da ging die Polizei mit gezogenem Säbel auf die Masse los, viele wurden verhaftet und bald darauf machten auch die Veritlenen einen Angriff auf die Masse. Trotz der hierdurch hervorgerufenen Erbitterung ordnete sich der Zug von neuem friedlich und strebte durch die Drottninggata oder Vasagata nach Folkets Hus zu. Aber die Barnhögata, wo dieser liegt, war von beiden Enden abgesperrt, und nun konnte die Polizei abermals ihre Tapferkeit zeigen. Die Säbel wurden gezogen, Blut floß und eine Menge Verhaftungen wurden vorgenommen. Vergebens wird von Folkets Hus aus zum Auseinandergehen aufgefordert, die Polizei hat ja trefflich dafür gesorgt, daß es nicht geschehen werden kann. Erst nach und nach entern sich die Massen. Nach Dunkelwerden hatte nochmals eine Anzahl Demonstranten, die aber mit dem Arbeiterzug nichts zu thun hatten, den Vortorg besetzt, bis die Veritlenen den Platz „säuberten“. — Die Zahl der im Laufe des Tages Verhafteten soll ungefähr 100 betragen. Unter andern wurde auch Frau Kata Dahlström festgenommen, weil sie aus Folkets Hus kommend einen Polizeilienten fragte, warum und in wessen Namen er eine unbedeutende Anzahl von Personen zum Auseinandergehen auf-forderte. Sie wurde zwar bald wieder entlassen, hat sich aber noch zu verantworten.

In den übrigen Städten Schwedens, wo die Zahl der Demonstranten je nach der Größe der Stadt 300 bis zu 15 000 betrug, ist alles ruhig verlaufen.

### Niederlande.

Thybus oder Fehlgeld? Der „Frank. Ztg.“ wird aus Amsterdam gemeldet: Bei dem allgemeinen Interesse, das man der Krankheit der Königin entgegenbringt, fällt es auf, daß laut offiziellen Berichten die Königin gesund in Apeldoorn eintraf, während der Thybus sich zwei bis drei Wochen vor Ausbruch bemerkbar zu machen pflegt. Es laufen daher, namentlich in Haag, Gerüchte um, die die Krankheit der Königin mehr den Folgen einer schlechten fausse couche zuschreiben.

Da sich die Königin zum zweitenmal in andern Umständen befand, hätte das Vorliegen einer zweiten Fehlgeld in der That die größere Wahrscheinlichkeit für sich.

### Italien.

Die Wiederwahl Turatts im 6. Mailänder Wahlkreis ist mit 2883 Stimmen gegen den Anarchisten Calcagno, welcher von den Republikanern aufgestellt war, und der 768 Stimmen erhielt, erfolgt.

### Dänemark.

Der Finanzkonflikt, der bekanntlich dadurch hervorgerufen wurde, daß über neun Punkte des Staatsbudgets zwischen Landsting und Folketing keine Einigung erzielt werden konnte, ist nun in dem gemeinsamen Reichstags-Ausschuß dadurch beigelegt worden, daß das Folketing in vier Punkten und das Landsting in fünf nachgegeben hat. Bei den letzteren Sachen handelt es sich um Bewilligung einer Pension, um Reisestipendien für Volksschullehrer und Lehrerinnen, Stipendien für Künstler und Gelehrte und um 3500 Kr. für die Teilnahme von Reichstags-Abgeordneten und früheren Reichstags-Abgeordneten an der interparlamentarischen Friedenskonferenz. — Die endgültige Annahme des Budgets wird Ende April stattfinden.

### Amerika.

Anarchistische Schauermärchen. Einem Blatte wird aus New York gemeldet: Der Staatssekretär Krilley Davis, welcher die Hinrichtung des Mörders des Präsidenten Mac Kinley geleitet, verschwand spurlos, wenige Tage nach

der Exekution. Die Angehörigen glaubten anfänglich, daß er nur verreist sei. Jetzt besuchten sie seinen Tod. Davis erhielt bereits vor dem Vollzug der Hinrichtung Drogen von Drohbrieffen, darunter einen aus Europa.

Ob der Mann sich nicht aus Scham über sein Heulerdram selbst den Tod gegeben hat?

Präsident Roosevelt hat dem Senat die Ernennung des Kapitäns Coghlan zum Konteradmiral überreicht. Kapitän Coghlan hat sich vor einigen Jahren durch ein auf Kaiser Wilhelm bezügliche Gedicht nichts weniger als enthusiastischen Inhalts bemerkbar gemacht.

## Der Boeren-Krieg.

Im Unterhaus erklärte im Laufe der Debatte Sir S. Beach, nichts könnte verfrühter sein, als die Gerüchte betreffend die Friedensverhandlungen.

London, 22. April. Infolge der letzten Nachrichten aus Südafrika hat sich der Optimismus über den Friedensschluß wieder vergrößert. Ein Telegramm aus Kapstadt besagt, man hoffe, die Boeren würden die Friedensbedingungen annehmen, da die Mehrheit der Kommandos einem neuen Winterfeldzug abgeneigt seien. Ein andres Telegramm meldet, Milner habe sich von Pretoria nach Johannesburg begeben. Die Abgeordneten legen jedoch in den Wandelgängen des Parlaments noch immer einen gewissen Bestimmtheit an den Tag.

Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Standerton vom 19. April, Louis Botha habe an diesem Tage Standerton auf dem Wege nach Orkney passiert, von wo aus er sich weiter begibt, um mit den im Felde stehenden Boeren über die Ergebnisse der Zusammenkunft in Pretoria zu beraten.

## Partei-Ansichten.

Heinrich Müller, der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes, ist nach einem uns zugehenden Telegramm gestern in Ober-Langenbielau gestorben. Müller, der ein Alter von 51 Jahren erreichte, hat der Bergarbeiter-Bewegung große Dienste geleistet. Selbst jahrelang als Bergarbeiter, Steiger und Betriebsführer tätig, schloß er sich mit regem Eifer der Organisation seiner Kameraden an, um gerade seine theoretischen Kenntnisse im Dienste der Bergarbeiterbewegung zur Verfügung zu stellen. Er war es, der bei Unglücksfällen, die leider im Bergbau nicht zu den Seltenheiten gehören, eine treffende und sachgemäße Kritik übte und unerbittlich den Schuldigen der Grubenverwaltungen bloßlegte. Manches herben Angriff hatte die Grubeninspektion zu erdulden und die Besenbesitzer waren sicher, daß ihre Verfehlungen nicht unbekannt blieben, wenn Müller davon Kenntnis erhielt. Aber die Verfolgung dieser Grundsätze bringt heute für den unerschrockenen Kämpfer stets Gefahr; und so konnte auch Müller hinter Kerkermauern 15 Monate nachdenken, gegen welcher mächtigen Einfluß er seinen Angriff gerichtet hatte. An Ansehen bei der Arbeiterschaft hat Müller deshalb nicht eingebüßt, im Gegenteil war es gerade das Vertrauen seiner Kameraden im Waldenburger Bezirk, die ihn würdig fanden, ihm das Reichstags-Mandat im Jahre 1903 zu übertragen. Im Reichstage, dem Müller bis zum Jahre 1908 angehörte, hat er zu wiederholten Malen die Klagen und Beschwerden seiner geplagten Berufskollegen vorgetragen. Er war kein wirkungsloser Redner; aber von dem redlichen Bemühen durchdrungen, soweit seine Kräfte ausreichten, gehörten sie der Bergarbeiterbewegung. Still hatte der in seinen Ansprüchen überaus bescheidene Mann, geschwächt durch andauernde Erkränkung, die ihn seiner Zeit die Entlassung als Berginspektor eintrug, auf seinem Posten aus, um dann den Genossen des Mandats zurückzugeben und seine schwachen Kräfte ganz der Bergarbeiter-Organisation zur Verfügung zu stellen. Vor Monaten liegen seine Kräfte soweit nach, daß er den Vorsitz im Bergarbeiter-Verband niederlegen mußte, ohne die gefohnte Genesung zu finden. Die Beunruhigung war ihm womöglichst kurz vor seinem Tode beschieden, daß einer seiner erbittertesten Feinde, der Vorsitzende der holländischen Bergarbeiter, Herr Brunt, als ein Verleumder vor Gericht bloßgestellt wurde. Die dem todkranken Manne zugesandte Bescheinigung, er habe, um eine Anstellung im Bergwerksbetrieb zu erlangen, seiner Zeit die Bergarbeiterbewegung verraten wollen, erwies sich als eine unerschämte Lüge. Das Vorkommnis ist typisch, mit welchem Haß der Mann verfolgt wurde, und welcher Verleumdung die Bergarbeiterbewegung sich zu erwehren hat. Müller hat in diesem Kampf tapfer seine Stellung verteidigt und wird in der Arbeiterbewegung in guten Andenken bleiben.

### Politisches, Gerichtliches usw.

Wieder eine Strafe gegen Vredend rechtsträftig. Genosse Anton Vredend hatte seiner Zeit in der „Holländisch-Belgischen Arbeiterzeitung“ einen Verleumdungsauftrag, durch den sechs Polizeibeamte und Genossen beschuldigt wurden, ein Verbrechen des Gefangenen, „Liedertrag“ in einem ungedruckten Briefe geschlossen und die Anwesenden teilweise gewalttätig entsetzt zu haben. Das Landgericht in Dortmund hielt den Beweis der Wahrheit nicht für erbracht und verurteilte den Angeklagten unter Einrechnung einer vorher ausgesprochenen dreimonatigen Gefängnisstrafe zu insgesamt sechs Monaten Gefängnis. — Im übrigen heißt es im Urteile, der Angeklagte habe keine berechtigten Interessen vertreten, indem er den Artikel veröffentlichte, denn er sei nicht Mitglied des Verleumdung und er habe auch nicht beabsichtigt, selber von der Polizei gemißhandelt zu werden (der Angeklagte ist nur einmal wie ein Verbrecher gefesselt von der Polizei durch die Straßen geführt worden. Die Red.) und habe Angelegenheiten erörtert, die ihn gar nichts angehen. Gegen das Urteil hatte Vredend eine Revision eingelegt und in derselben namentlich die Nichtanwendung des § 193 des Strafgesetzbuchs gerügt. — Das Reichsgericht verurteilt am Montag die Revision: damit wird die Strafe rechtskräftig und Vredend muß dieselbe antreten.

## Aus Industrie und Handel.

Das internationale Schifffahrtskartell läßt sich noch immer in ein geheimnisvolles Dunkel. Bestimmte Angaben sind erst in der Generalversammlung der Hamburger Patenschaft-Gesellschaft, die zum 28. Mai einberufen ist, zu erwarten. Jedoch scheint es uns zweifelhaft, ob auch hier erschöpfende Auskunft erteilt wird; denn bisher sind wir nicht gewohnt, daß solche Trust- oder Kartellgründungen ihre Verträge bekannt geben. Es genügt, wenn den Aktionären eine höhere Dividende in Aussicht gestellt wird, und gegenüber der zur Schonung getragenen Furcht des amerikanischen Einflusses befriedigt es, wenn unsere Meeder die nationale Unabhängigkeit betonen. Nach neueren Meldungen haben sich alle Gesellschaften, die den nordatlantischen Verkehr vermitteln, dem Kartell angeschlossen, eine Ausnahme machen nur einige französische Gesellschaften. Die britischen Gesellschaften sollen ganz dem Einfluß Morgans unterstehen und mit den amerikanischen zu einem Trust vereinigt werden, der dem amerikanischen Stahltrust nachgebildet wird. In Bezug der bedeutendsten amerikanischen Eisenbahngesellschaft und des inneren Schiffsverkehrs, gebietet so das von Morgan geleitete Unternehmen über sehr wichtige Verkehrswege nach dem Auslande. Diesem Einfluß konnten sich die deutschen Schifffahrtsgesellschaften nicht entziehen, ihre lose Anknüpfung an diesen Trust, wie sie anscheinend vollzogen ist, läßt die Frage ganz offen, ob nicht in der weiteren Entwicklung des englisch-amerikanischen Trusts unter der finanziellen Leitung eines

so genialen Gründers, wie es der Millionär Morgan ist, erst den deutschen Gesellschaften die gefährliche Konkurrenz großgezogen und dann ihre volle Unterwerfung vorbereitet wird. Mit einemmale war der Sprung zu groß, die deutschen Kapitalisten spreizen sich noch ein wenig, die Entscheidung wird von der Höhe des Profits abhängen.

**Der amerikanische Stahltrakt**, neben dem Petroleumtrakt wohl die größte Organisation im modernen Wirtschaftsgetriebe, will die Grundlage seines Aufbaues fester zusammenschließen und einheitlicher gestalten. Wie berichtet wird, beabsichtigt man, während des laufenden Jahres die United States Steel Corporation zu reorganisieren; die Namen der Gesellschaften, welche sie bilden, sollen gelöscht werden, die bisher rein finanzielle Aufgabe der Korporation soll dahin abgeändert werden, daß sie den Fabrikationsbetrieb auf allen den Anlagen, die sie besitzt oder beherrscht, selbst in die Hand nimmt. Aus derselben Quelle verläutet, daß Schwab Direktor aller ihrer Fabriken, Bahnen, Kohlengruben, Coalswerke, Dampferlinien und Hochöfen werden wird. Wie man hört, wird die ungebildete Gesellschaft von denselben Oberbeamten wie bisher mit demselben Direktionsstab und demselben Exekutivkomitee geleitet werden. Die Veränderung soll etwa zum 1. Juli d. J. in Kraft treten.

## Der Krosigk-Prozess.

Aus Gumbinnen liegt vom Dienstag folgendes Telegramm vor: Heute wurde zunächst Kriegsgerichtsrat Bollinger in Jasterburg als Zeuge vernommen. Derselbe sagt aus, Musikier Raylaw, den er, als derselbe wegen Fahnenflucht in Untersuchung lag, zu vernehmen hatte, habe ihm erzählt, sein Vorgesetzter, Hilfs-Trompeter Reinitz von der 4. Eskadron des Dragonerregiments in Gumbinnen habe ihm einmal erzählt, er wisse genau, wer den Rittmeister erschossen habe. Es sei das Unteroffizier Marten. Er solle Stillschweigen beobachten. Auf seine, Raylaws, Frage, wodurch er das so genau wisse, habe Reinitz gesagt, er werde ihm das morgen sagen. Die Unterhaltung mußte abgebrochen werden, da sie von dem Aufseher gestört wurde. Dragoner Baranowski bekundete alsdann mit großer Bestimmtheit, er habe am 21. Januar 1901, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, einen Mann mit Schirmmütze und Mantel an der Vordentür der Reitbahn seitwärts vom Sudloch stehen sehen. Der Mann hatte einen schwarzen Schnurrbart. Da er denselben für einen Vorgesetzten hielt, habe er ihn sich nicht näher angesehen und könne auch nicht sagen, ob dieser Hidel war. Sein, des Zeugen, Rittmeister Ewers habe sofort nach dem Mord an seine Eskadron die Aufforderung gerichtet, daß jeder, der etwas Verdächtiges wahrgenommen habe, sich melden solle. Er habe dies auch damals sofort getan und seine Wahrnehmungen mitgeteilt. Hidel fragt den Zeugen, ob er sich nicht in der Farbe des Schnurrbartes irren könne; der Zeuge bleibt jedoch auf nochmaliges Vorhalten des Verhandlungsleiters bei seiner Behauptung. Hierauf wird Hilfs-Trompeter Reinitz, der wegen vorläufiger Körperverletzung mit tödlichem Ausgange in Jasterburg eine sechsjährige Zuchthausstrafe verbüßt, im Straßlingszuge als Zeuge in den Saal geführt. Reinitz bekräftigt entschieden, dem Raylaw erzählt zu haben, er wisse, daß Marten der Täter sei. Er wisse absolut nicht, wer den Mord begangen habe. Als der Mord geschah, sei er in seiner Stube mit Notenschreiben beschäftigt gewesen. Er habe sich allerdings mit Raylaw über den Mord unterhalten und gesagt, Marten werde der Täter verdächtig. Musikier Raylaw bezeugt, daß ihm Reinitz in der Zelle durch das Ofenrohr erzählt habe, Marten solle den Rittmeister durch das Sudloch mit einem Karabiner erschossen haben. Kriegsgerichtsrat Bollinger hält dem Zeugen seine ihm gegenüber vorgebrachte Erzählung vor, die er sich in Gegenwart des Kriegsgerichtsrats Lühdeke habe wiederholen lassen. Der Zeuge bleibt aber bei seiner Aussage. Die Gegenüberstellung der Zeugen Raylaw und Reinitz hatte den Erfolg, daß Reinitz die Möglichkeit zugab, Raylaw erzählt zu haben, Marten „folte“ den Rittmeister mittels eines Karabiners erschossen haben. Um 12 1/4 Uhr tritt eine kurze Pause ein.

Unter großer Spannung wird dann der ehemalige

### Dragoner Stopped

in den Saal gerufen. Dieser ist ein 24-jähriger, kleiner, etwas unterfertigter Mensch mit nicht unintelligentem Gesichtsausdruck. Er wird von dem Verhandlungsleiter auf das eindringlichste ermahnt, die volle Wahrheit zu sagen, alles zu bekunden, was er wisse, aber auch nichts hinzuzufügen. Es ist bekannt, daß Stopped selbst der Tat verdächtig war. Der Zeuge erklärt auf Befragen, er sei am 21. Januar gegen 4 1/2 Uhr aus der Schmiede gekommen und beim Eingang der Reitbahn vorübergegangen. Dort habe er an der Vordentür am Sudloch zwei Leute mit steifen Mägen stehen sehen. Da er etwas früher, als er durfte, in seiner Schmiede Feierabend gemacht hatte und einen der Männer für seinen Wachtmeister hielt, habe er sich die Männer nicht näher angesehen, sondern sei schleunigst in den Krümpersaal gegangen. Dort habe er einige Minuten verweilt. Als er heraustraten wollte (er befand sich 2 Schritte von der Stalltür entfernt), hörte er einen furchtbaren Knall. Er lief hinaus und hörte in der Reitbahn die Stimme des Oberleutnants Hofmann. Er schaute daher durch das Sudloch und sah den Rittmeister am Boden liegen. Darauf sei er in den Krümpersaal gegangen und habe dort erzählt, daß der Rittmeister erschossen sei. In diesem Augenblick kam ein Mann in den Krümpersaal, hob die Hände in die Höhe und rief: Anspannen! Anspannen, der Rittmeister v. Krosigk ist erschossen. — Verhandlungsleiter: Standen vor dem Sudloch oft Leute? — Zeuge: Jawohl! — Verhandlungsleiter: Sie glaubten nun, einer der beiden Männer sei Ihr Wachtmeister und wenn Sie den Krümpersaal nach einigen Minuten verlassen, wäre der Wachtmeister nicht mehr am Sudloch? — Zeuge: Jawohl. — Verhandlungsleiter: Weshalb haben Sie dann durch das Sudloch? — Zeuge: Weil ich Herrn Oberleutnant Hofmann laut sprechen hörte. — Verhandlungsleiter: Hatten die Mägen, die die zwei Männer trugen, Schirme? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Verhandlungsleiter: Trugen sie Mäntel? — Zeuge: Das habe ich nicht gesehen. — Verhandlungsleiter: Waren die Männer Soldaten? — Zeuge: Ich glaube. — Verhandlungsleiter: Können es aber auch Zivilisten gewesen sein, die Militärmägen trugen? — Zeuge: Das ist auch möglich. Auf weiteres Befragen des Verhandlungsleiters bekundete Stopped: Oberleutnant Hofmann ließ sofort die Schwadron auf dem Korridor antreten. Am Abend wurde die Schwadron in die Reitbahn vor die Leiche geführt. — Verhandlungsleiter: Ist nicht dabei aufgefordert worden, jeder, der etwas wisse, solle sich melden? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr. — Verhandlungsleiter: Kennen Sie den Fahnenfahnen Unteroffizier Krieg? — Zeuge: Jawohl, bei dem arbeitete ich in der Schmiede. — Verhandlungsleiter: Standen Sie nicht gut mit ihm? — Zeuge: Jawohl, Krieg sagte mir Weisheiten 1900, Rittmeister v. Krosigk werde mich an Kaisers Geburtstag zum Gefreiten befördern. — Verhandlungsleiter: Diesem Krieg haben Sie am Tage nach dem Mord Ihre Wahrnehmungen erzählt? — Zeuge: Jawohl. — Verhandlungsleiter: Wie kamen Sie dazu, dies dem Krieg zu erzählen? — Zeuge: Krieg sagte mir, ich sei doch kurz vorher an der Vordentür vorübergegangen, da müßte ich was gesehen haben. Darauf erzählte ich. — Verhandlungsleiter: Krieg erzählte dies dem Oberleutnant Hofmann und dieser vernahm Sie sofort? — Zeuge: Jawohl. — Verhandlungsleiter: Wann wurden Sie verhaftet? — Zeuge: Am 22. Januar, abends. — Verhandlungsleiter: Kennen Sie den Kriminalkommissar v. Wadmann? — Zeuge: Jawohl. — Verhandlungsleiter: Was hat dieser zu Ihnen gesagt? — Zeuge: Er sagte, wenn ich von Unteroffizieren gefragt werde, dann soll ich nichts sagen; ich brauche nur vor Gericht die Wahrheit zu sagen. — Verhandlungsleiter: Weshalb haben Sie dies nicht in der ersten Verhandlung gesagt? — Zeuge: Das hatte ich vergessen. — Verhandlungsleiter: Sie wußten es

aber doch später? — Zeuge: Ja, weil ich danach gefragt wurde. — Verhandlungsleiter: Wo sagte das Herr v. Wadmann zu Ihnen? — Zeuge: Im Krümpersaal. — Verhandlungsleiter: Waren Sie damals schon verhaftet? — Zeuge: Jawohl. — Verhandlungsleiter: Wissen Sie genau, daß Wadmann Ihnen dies im Krümpersaal gesagt hat? — Zeuge: Nein, er hat es mir auch im Biered gesagt. — Verhandlungsleiter: Wie kommen Sie jetzt auf einmal auf das Biered? — Zeuge: Ich erinnere mich jetzt. Stopped bekundete weiter, er habe dem Wadmann Melzer auf den Rat Wadmanns gesagt, er wisse nicht genau, ob die beiden Männer, die er gesehen, Soldaten waren, es könnten auch Zivilisten gewesen sein. Was er Schneider gesagt habe, wisse er nicht mehr. — Verhandlungsleiter: Wie standen Sie mit Marten? — Zeuge: Ganz gut. — Verhandlungsleiter: Wie standen Sie mit dem Rittmeister? — Zeuge: Ebenfalls gut. — Verhandlungsleiter: Kennen Sie das

### Dienstmädchen Anna Sternberg?

Zeuge: Jawohl. — Verhandlungsleiter: Woher kennen Sie diese? — Zeuge: Ich habe mit ihr getanzt. — Verhandlungsleiter: Ein Liebesverhältnis hatten Sie nicht mit ihr? — Zeuge: Nein. — Verhandlungsleiter: Haben Sie zu der Sternberg nicht einmal gesagt: Morgen komme ich zum Verhör, ich weiß von gar nichts und habe nichts gesehen? Auf den Einwand des Mädchens, daß Sie doch Ihre Aussage beschwören müßten, sollen Sie gesagt haben: es ist mir schon vorgehalten worden, wegen Meineids gibt es 8 Jahre Zuchthaus. Es ist mir aber alles egal. Es ist gleichgültig, ob ich früher oder später sterbe. — Zeuge: Das habe ich nicht gesagt. Es wird darauf das Dienstmädchen Anna Sternberg als Zeugin vernommen. Auf Antrag des Beistehenden Loop wird Stopped während der Vernehmung aus dem Saale geführt. Die Zeugin bekundete mit großer Bestimmtheit, daß Stopped die von dem Verhandlungsleiter mitgeteilten Äußerungen getan habe. Die Zeugin, die alsdann dem Stopped gegenübergestellt wird, hält diesem mit voller Bestimmtheit seine Äußerungen vor und bemerkt noch, er habe eines Tages auch gesagt, ich werde den Herren schon etwas erzählen, ich kann doch nicht mehr wissen, was ich vor einem Jahre erzählt habe. Auf die Einwendung, daß er dann ins Zuchthaus komme, habe er gesagt, ich habe einen breiten Sackel, ich werde mich schon herausreden. — Stopped giebt immer nur zur Antwort: Ich besinne mich nicht. Diefelbe Antwort giebt er auch auf die Befragung des Barbiergehilfen Max Petri. Dieser bekundete, auf seine Fragen sagte Stopped: Ich weiß von gar nichts. Ich habe mich schon einmal hineingeredet, ich muß mich jetzt wieder herausreden. — Vertreter der Anklage: Stopped ist ein großer Renommist. Als er nach Allenstein kam und gefragt wurde, wer er sei, habe er sich in die Brust geworfen und gesagt: Ich bin der bekannte Stopped. — Lieutenant Lorenz: Die Vordentür sei am 21. dreimal und auch einige Minuten vor dem Mord von Unbekannten geöffnet worden. Er halte den Stopped für einen moralisch nur mittelmäßig begabten Menschen. Er sei in der Instruktionssunde ein schlechter Schüler gewesen.

Danach tritt gegen 2 Uhr eine Pause bis 4 Uhr ein.

Nachmittag wird nach der Wiederaufnahme der Verhandlung Frau Sablowksi als Zeugin vernommen. Sie giebt an, einige Tage vor der Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk sei abends gegen 8 1/2 Uhr ein junger Mann in steifer Dragonermütze und Mantel in ihre Stube getreten und habe sie ersucht, den Mantel einige Augenblicke ablegen zu dürfen; sie habe dies nach anfänglichen Zögern gestattet. Der Mann legte ab und sie sah, daß er sich einen schwarzen Hut aufsetzte und Zivilkleidung trug. Nach etwa einer halben Stunde kam der Mann, der saubere weiße Wäsche trug und einen hübschen Schnurrbart hatte, zurück. Auf ihre Frage, was die Sache für eine Verwandtschaft habe, sagte er unter großer Erregung, er habe etwas vor und habe schillern Augen. Sie bedeutete ihm, daß bei ihm von schillern Augen nichts zu bemerken sei. Der Mann habe ein Paar Handschuhe bei ihr liegen lassen, die sie aufbewahrt habe. Er sei nicht wiedergekommen. Als Marten zum Tode verurteilt worden war, sei ihr dieser Vorgang wieder eingefallen, dem sie anfangs keine Bedeutung beilegte habe. Die Zeugin bemerkt auf Befragen, daß der Mann weder mit Marten, noch mit Hidel identisch sei. Er sei viel größer gewesen.

Frl. Sablowksi bekräftigt die Aussagen ihrer Mutter. Alsdann wird eine Anzahl ehemaliger und jetziger Dragoner über den Vorgang am 21. Januar 1901 in der Reitbahn und im Krümpersaal vernommen. Ein Zeuge bekundete, der Rittmeister habe die Zivilpersonen, die am Schwadronsfest am 18. Januar teilgenommen hatten, hinausweisen lassen. Danach wird ein Brief der Polizeidirektion in Schneberg bei Berlin verlesen, worin mitgeteilt wird: Dem Schuhmann Siefel sei von einem Hausdiener Max Hing, wohnhaft in Berlin, Mittelstraße 16/17 mitgeteilt worden: Er sei in Gumbinnen Fleischerlehrling gewesen. Am 21. Januar 1901 sei er in der Küstlerstraße in einem Schauffal gewesen, da sei gegen 5 Uhr nachmittags ein Mann mit einem Offiziersmantel in das Lokal getreten und habe ein Paket zur Aufbewahrung abgegeben. Nach einiger Zeit sei der Mann sehr erregt zurückgekommen und habe das Paket wieder abgeholt. Er (Hing) habe dies nicht früher gemeldet, da er seiner Mutter, welche für die Unteroffiziere der 4. Schwadron wache, kein Vergernis bereiten wollte; er sei bereit, diese seine Aussage zu beschwören. Die Verteidiger beantragen die Ladung des Hing. Der Gerichtshof beschloß, über die Richtigkeit der Aussagen des Hing Nachforschungen anzustellen. Um 8 1/2 Uhr abends wird die Verhandlung abgebrochen und auf morgen 9 Uhr vormittags vertagt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die Heizungsrohrlieger und Helfer befinden sich in einem Konflikt mit ihren Arbeitgebern, der dadurch hervorgerufen ist, daß die Heizungsindustriellen selbständig einen Tarif ausgearbeitet haben und zur Einführung zu bringen suchen. Die Rohrlieger sind mit diesem Tarif nicht einverstanden und haben den Versuch gemacht, durch eine Kommission von 11 Personen auf die Unternehmer einzuwirken und einen gemeinsamen Tarif zu Stande zu bringen; sie erklärten gleichzeitig, daß das letzte Ziel ihrer Bestrebungen die gänzliche Abschaffung der Accorarbeit sei.

Die Schleifer bei Bauer u. Hasselbach in Hamburg, Fabrik für chirurgische Instrumente, haben die Arbeit eingestellt. Zugun ist ferngehalten.

### Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

#### Indland.

Die Streiks in England im Monat März waren von geringer Bedeutung. Die 21 neuen Konflikte, deren Beginn im März gemeldet wurde, umfaßten nur 6285 Arbeiter. Von den 22 alten und neuen Streiks wurden 6 zu Gunsten der Arbeiter, 10 zu Gunsten der Unternehmer und 6 durch einen Kompromiß beendet.

Im Hafen von Genoa ist ein Streik der Schiffslader und Getreideträger ausgebrochen. 16 000 Säcke Reis, die im Hafen lagerten, können nicht verladen werden.

## Veranstaltungen.

Eine große öffentliche Bäder-Versammlung tagte am 10. April in den Germania-Sälen. Gahner-München kritisierte in derselben das traurige Kost- und Logiswesen, welches leider noch im Bäderereibe besteht und den Meister gewissermaßen zum Vermund des Gessellen macht, und forderte die Anwesenden auf, sich ein Beispiel an den Münchener Bädern zu nehmen. Redner schloß sein Referat unter tosendem Beifall der Anwesenden. An der Diskussion beteiligten sich Hetschold und Wapfi. Gahner führte in seinem Schlußwort noch an, daß gerade das Bäderhandwerk infolge der großen Lehrlingszählerei die größte Arbeitslosigkeit auszuweisen

hätte und daß gerade das Bäderhandwerk infolge der großen Arbeitslosigkeit die meisten Verbrocher auszuweisen hätte. Ueber die neue Haus- und Badstuben-Ordnung sprach Barth. Er hob hervor, daß die Verordnungen den Anfein zu erwecken suche, daß Bädergessellen an den vorgekommenen Schmutzereien Schuld seien, während die Meister den Gessellen zur nötigen Reinigung und Sauberkeit die Zeit nicht geben. In den meisten Fällen hätten diese schon über ihre Arbeitszeit hinaus zu schuften. An der Diskussion beteiligten sich Hetschold und Hetschold.

Lichtenberg. Eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung hörte zunächst einen Vortrag des Genossen Kunert über das Thema: „Warum müssen Socialdemokraten in den Gemeindeverwaltungen sitzen?“ und nahm, nachdem dem Redner großer Beifall gezollt war, folgende Resolution einstimmig an: „Die Volksversammlung erblickt in der Auffstellung socialdemokratischer Kandidaturen in der dritten Abteilung im Anfang zu der unbedingten nötigen Vertretung der proletarischen Bevölkerung innerhalb der Gemeinde. Die Förderung der Interessen des Gemeinwohles und die Wahrung der Interessen der Arbeiter erlangen sich, widersprechen aber einander in keiner Weise. Trotzdem betont die Volksversammlung die Notwendigkeit der Förderung der proletarischen Interessen ganz besonders, weil das Proletariat bisher auch in der Gemeinde, wie im Staat und Reich, nicht entsprechend seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung von den betreffenden Faktoren in Betracht gezogen worden ist. — Die Volksversammlung macht es darum jedem Wähler der dritten Abteilung zur unabwieslichen Pflicht, bei den bevorstehenden außerordentlichen bedeutungsvollen Ergänzungswahlen zu der hiesigen Gemeindevertretung für die Kandidaten der socialdemokratischen Partei mit ganzer Kraft einzutreten.“

Genosse Grauer berichtete über das Urteil des Bezirksamtsausschusses in Sothen der von bürgerlicher Seite angeforderten Mandate zur Gemeindevertretung und teilte mit, daß die vier in Frage kommenden Mandate dem Lichtenberger „Kommunalfreiesinn“ geopfert werden müßten und unerledigt sind. In der Diskussion kamen unsere „Liberale“ nicht besonders gut weg, auch wurden Einzelfälle von Lebergriffen, die sich tief gegen Gemeindeglieder gegen Kinder schuldig gemacht haben sollen, zur Sprache. Mit der Annahme folgender Resolution fand die auch von bürgerlicher Seite besuchte imposante Volksversammlung ihren Abschluß: Die im Saale von Höslich tagende Volksversammlung ersucht den Gemeindevorstand, die in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 10. d. Mts. beschlossene Regulierung und Pflasterung der drei großen Straßenzüge: Gürtelstraße, Pfarrstraße und Eldenaerstraße, sowie den seit Jahren beschlossenen Bau des Amtsgerichtsgebäudes thunlichst sofort in Angriff nehmen zu lassen. Die Erwerbsverhältnisse der Einwohnerschaft — die noch immer unter dem Druck großer Arbeitslosigkeit, im besonderen in der Metallindustrie, zu leiden hat — erheischen das Eingreifen der Gemeindeverwaltung mit Notwendigkeit. — Gleichzeitig ersucht die Volksversammlung den Gemeindevorstand: Gemeinde-Arbeiten, die nicht in eigener Regie ausgeführt werden, sind nur an Unternehmer zu vergeben, die die Abmachungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse (Tarife), die im Gewerbe getroffen sind, einzuhalten sich ausdrücklich verpflichten.“

Unmuckeburg. Am 16. April hielt der socialdemokratische Wahlverein seine Generalversammlung ab, in der Litfin über die wirtschaftliche Umwälzung und die Entwicklung der Socialdemokratie referierte. Sodann gab der Kassierer denassenbericht. Die Einnahmen incl. Bestand betrugen 425 29 M., die Ausgaben 408 57 M. Der Mitgliederbestand vom vorigen Quartal betrug 368, er ist gegenwärtig auf 379 gestiegen. Als Revisor zum Vorstand wurde Genosse Prüfer gewählt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Zum italienisch-schweizerischen Konflikt.

Bern, 22. April. (W. Z. V.) Im Nationalrat kam heute der Konflikt mit Italien zur Sprache. Der Sprecher der zur Prüfung der Angelegenheit eingesetzten Kommission, Proft-Solothurn (Radikal), erklärte im Namen dieser Kommission, der gegen den König Humbert gerichtete Artikel des „Risveglio“ sei tief zu beklagen. Die Ausschreitungen der anarchistischen Presse seien zu verurteilen, Behörde und Volk seien nicht gewillt, die Ruhe und den Frieden des Landes und die guten Beziehungen zu den auswärtigen Staaten durch Aufwieglert ungestraft stören zu lassen. Der Bundesrat habe aber gegenüber der anarchistischen Propaganda seine Pflicht beobachtet und in dieser Richtung seine verantwortungsvolle Aufgabe stets mit Umsicht und Festigkeit erfüllt. Die Kommission bedauere den Konflikt, den der Bundesrat nicht gewollt und nicht verschuldet habe; der Bundesrat habe aber nicht anders handeln können. Einstimmig und ohne Diskussion beschloß darauf der Nationalrat, von den Erklärungen des Bundesrats Akt zu nehmen und dessen Haltung in dieser Angelegenheit zu billigen.

### Unterhaus.

London, 22. April. (W. Z. V.) Bei der Beratung des Berichtes über die Resolution, betreffend den Zoll auf Korn, sprechen sich Fowler und andre Liberale scharf gegen diesen Zoll aus, der einen Schritt zum Schutzoll hin bedeute. Schatzkanzler Hicks Beach bekräftigt nachdrücklich, daß dieser Zoll ein Schutzoll sei oder doch in bemerkenswerter Weise den Preis des Brotes beeinflussen werde. Im Laufe der Beratung teilte Hicks Beach noch mit, daß zu Viehlutter oder ähnlichen Zwecken eingeführtes Mehl nur 3 Pence für den Centner zahlen werden an Stelle von 5 Pence für fetteres Mehl.

### Selingsford, 22. April. (W. Z. V.)

Aus Anlaß der Straßenunruhen richteten die Stadtverordneten an die Bevölkerung einen Aufruf, der in allen hiesigen Blättern veröffentlicht worden ist. Die Stadtverordneten fordern darin die Bevölkerung auf, keine Versammlungen auf den öffentlichen Plätzen und Straßen abzuhalten und Unruhestörungen zu vermeiden. Der Aufruf richtet sich insbesondere auch an die Fabrikarbeiter und die Schullern.

Selingsford, 22. April. (W. Z. V.) Ein Restrikt des Kaisers Nikolaus an den Generalgouverneur von Finnland besagt, daß die Frist für die diesjährige Gestellungsfrist verlängert werden soll, da infolge falscher Gerüchte die Gestellungsplätzen in Zweifel geraten sind, ob sie sich zu stellen hätten oder nicht. Eine fernere Entziehung von der Gestellungsplätzen würde zu der Ueberzeugung führen, daß die bisherige Regierungsform, welche sich im Lauf des vorigen Jahrhunderts in Finnland ausgebildet habe, die gedeihliche, ruhige Entwicklung des Landes und den der Regierung schuldigen Gehorsam nicht mehr sicherzustellen verden.

London, 22. April. (W. Z. V.) Ein äußerst heftiges Feuer ist heute nacht in dem Stadtteil Barbican der City ausgebrochen. Verschiedene große Warenhäuser, welche sehr leicht entzündliche Waren enthielten, brannten nieder. Das Feuer entstand gegenüber dem Manchester-Hotel, dessen Bewohner dadurch gerettet wurden, daß große Stöße brennenden Materials gegen die Fenster schlugen. Die Hotelgäste konnten das Hotel verlassen. Das Feuer qualmt noch immer. Der Schaden wird auf etwa zwei Millionen Pfund Sterling geschätzt.

New York, 22. April. (W. Z. V.) Einer Depesche des New York Herald aus Guatemala zufolge legten sich die Erdstöße am Sonnabend fort. Die Städte Payum und Mazatenango sind zerstört. Die Erdstöße am Freitag waren begleitet von heftigen Gewitterstürmen und tiefen zahlreich Feuerbrünste hervor.

Mosk., 22. April. (W. Z. V.) Der deutsche Dampfer „König Albert“, welcher, wie gemeldet, bei der Einfahrt in die Straße von Simonoski auf Grund geriet, wurde ohne Hilfe wieder flott und setzte seine Reise ohne irgend welchen Schaden genommen zu haben fort.

Reichstag.

171. Sitzung vom Dienstag, den 22. April 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Niederding.

Das Gedächtnis des verstorbenen Bundesfürsten Heinrich XXII. von Preußen ältere Linie ehrt das Haus durch Erheben von den Plätzen.

Zunächst wird hierauf gemäß dem Antrage der Geschäftsordnungs-Kommission den Kaufleuten Max und Reinhard Häbler in Großschönau die Genehmigung zur Einleitung der Privatklage gegen den Abg. Fischer-Sachsen (Soc.) sowie in einer beim Amtsgericht Offenbach a. M. schwebenden Privatklage gegen den Abg. Ulrich (Soc.) die Genehmigung zur Strafverfolgung des letzteren verweigert.

Hierauf wird die erste Beratung des Entwurfes zur Vereinfachung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse fortgesetzt.

Abg. Dr. Marcour (C.): Die Vorlage hat nicht in allen Punkten die Billigung der Presse gefunden. Auch die gestrige Debatte hat gezeigt, daß mit Ausnahme des Herrn Ostel vollständig niemand mit der Vorlage zufrieden ist. In manchen Beziehungen bietet der Entwurf aber doch eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand. Ob die Verbesserungen die Nachteile aufwiegen, kann ich heute nicht sagen. Die Ausnahme der Privatklagen erscheint vor allem bedenklich. Warum will man übrigens gerade für Verleumdungen durch die Presse den Gerichtsstand des Wohnorts des Verleumdigen als zulässig anerkennen? In Volksversammlungen können zum Beispiel gegen sehr entfernt Wohnende viel schwerere Verleumdungen ausgesprochen werden als in der Presse, in diesem Falle ist der Verleumdete nur in der Lage, die Verleumdung am Orte der That zu verfolgen. Wir haben durchaus keinen Anlaß, die Presse besonders zu benachteiligen. Kein anständiger Redakteur wird mit Bewußtsein einen Ehrenmann beleidigen. Wenn die Presse häufiger scharfe Ausdrücke gebraucht, so hängt das mit ihrer Hauptaufgabe, Kritik an den öffentlichen Zuständen zu üben, zusammen. Ich habe aber große Bedenken gegen den zweiten Satz der Vorlage und behalte mir für die zweite Lesung einen Antrag auf Streichung dieses Satzes vor. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Müller-Reiningen (fr. Sp.):

In der theoretischen Beurteilung der Vorlage stimme ich vollständig mit dem Herrn Kollegen Heine überein. Die deutsche Presse würde in der That bei Annahme dieses Entwurfes der Regierung sehr bald einen moralischen Kater bekommen und einsehen, daß ihr nichts als ein Danaergeschenk damit gegeben ist. Je eingehender ich mich mit dem Entwurf beschäftigt habe, desto unbestimmter war ich von dem Inhalt. Nach dem ersten Satz soll der fliegende Gerichtsstand nur dann beseitigt werden, wo der Inhalt allein die strafbare Handlung bildet. Danach fallen alle Preschpöze-Delikte unter den fliegenden Gerichtsstand. Weiter möchte ich den Herrn Staatssekretär um Aufklärung bitten, ob alle direkt oder indirekt an der Verbreitung beteiligte Personen, also z. B. auch der bloße Einführer der Druckschiff, unter die Vorlage fallen. Es liegt im größten Interesse der Presse, daß darüber kein Zweifel besteht. Ein weiteres Moment ist bisher noch gar nicht beachtet worden: Es sollen nur im Inland erscheinende Druckschriften unter das Gesetz fallen. Wenn nun nach den Wünschen der meisten Herren, die gestern das Wort ergriffen haben, nicht nur periodische, sondern auch nichtperiodische Schriften von dem fliegenden Gerichtsstand ausgenommen werden sollen, so hat der deutsche Buchhandel das allergrößte Interesse daran, daß auch bezüglich der ausländischen Druckfachen ein definitiver Gerichtsstand begründet wird. Für den Sortiments-, den Kommissionsbuchhandel ist die Frage von allergrößter Wichtigkeit. Ich sehe natürlich auch auf dem Standpunkt, daß die nichtperiodischen Druckfachen mit den periodischen gleichgestellt werden müssen. Der allein maßgebende Gerichtsstand muß der Erscheinungsort sein. Welches ist aber der Erscheinungsort? Darüber sind die Juristen keineswegs einig. Ich kann nicht genug warnen vor der Schlaueit der deutschen Juristen und vor allem der Schlaueit deutscher Staatsanwälte. (Weiterkeit.) Die ganze Geschichte des fliegenden Gerichtsstandes ist gewissermaßen ein Mono Tekel vor der Auslegungslust der Staatsanwälte und Gerichte. (Sehr wahr! links.) Wenn wir also der Pflanzzeit der Staatsanwälte nicht wieder allen großen Spielraum geben wollten, haben wir die Verpflichtung, selbst den Begriff des Erscheinungsortes zu definieren. Als unbedingtes Erfordernis halte ich es, daß wir den Gerichtsstand am Ort des Erscheinens zum ausschließlichen Gerichtsstand machen. Herr Kollege Heine hat ganz recht. Mit Hilfe des Paragraphen vom „Zusammenhang“ kann tatsächlich dieses ganze Gesetz illusorisch gemacht werden. Deshalb brauchen wir den ausschließlichen Gerichtsstand. — Was die Ausnahme der Privatklagen betrifft, so sehe ich mit Herrn Marcour darin eine direkte Verschlechterung des bestehenden Zustands. Eine ganze Reihe deutscher Gerichte, z. B. in München, Braunschweig, Kärnten, haben sich in letzter Zeit bereits auf den Standpunkt gestellt, daß für Privatklagen der fliegende Gerichtsstand nicht mehr zur Anwendung kommen soll. Diese neu einsetzende Indikatur würden wir durch Annahme des zweiten Absatzes desavouieren. — Es wird immer gesagt, daß wir es hier mit einem Privileg der Presse zu thun haben. Es handelt sich aber lediglich um den natürlichen Gerichtsstand der Presse. Dieser ist an dem Ort, von dem in geschäftlicher und redaktioneller Beziehung das Preherzeugnis ausgeht; dieser redaktionelle und geschäftliche Mittelpunkt muß der Erscheinungsort sein. Auf diesen Standpunkt hat sich schon vor 25 Jahren ein Regierungskommissar gestellt; eine Ausnahme wollte er nur zulassen für den Fall, daß am Ort des Erscheinens der Artikel gar nicht verstanden werden könne. Ein solcher Fall ist einmal vor 25 Jahren vorgekommen. Ein oberösterreichischer Magnat war durch einen sozialdemokratischen Agitator in einem in Berlin erscheinenden Zeitungsartikel beleidigt worden. Mit diesem Fall renommier man nun hier, obgleich sich ein zweiter der Art seitdem nie hat konstruieren lassen. Auch Herr Spahn wird mir zugeben müssen, daß man mit diesem exceptionellen Fall nicht den zweiten Absatz der Vorlage rechtfertigen darf. — Für Privatklagen steht dieser zweite Absatz nicht weniger als vier Gerichtsstände vor: den Wohnsitz des Täters, den Erscheinungsort, den Wohnsitz des Verleumdigen und schließlich seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort. In eine Verschärfung der Mängel, unter denen die Presse heute leidet, ist danach nicht zu denken. Für die Vereinfachung des fliegenden Gerichtsstandes spricht auch der Umstand, daß die Tendenz einer Zeitung nur das Gericht am Orte des Erscheinens richtig auffassen kann. Wenn ich das nicht annehmen würde, so wären gewisse Prozesse der letzten Zeit unmöglich. So würde der Redakteur der „Dresdener Hundschau“ in Dresden auf Grund einiger harmloser Gedächtnis in der Fassungsummer der „Dresdener Hundschau“ wegen Verleumdung des sächsischen Finanzministers v. Waldorf und des Dresdener Oberbürgermeisters mit 50 M. Geldstrafe verurteilt. Dem Oberbürgermeister sollte in den Gedächtnis untergelegt sein, daß er nach dem Finanzministerium strebe. (Weiterkeit.) — Auch die Rücksicht auf den Verleumdeten selbst kann uns nicht verpflichten, den Absatz 2 anzunehmen. Dieser soll höchstens verlangen, daß das Urteil in einem Preherzogen seines Wohnortes publiziert werde. Die deutsche Presse ist wahrlich nicht auf Moskau gebettet. Unsere Aufgabe ist es nicht, ihr die Stellung von „beinahe“ kommandierenden Generalen zu verschaffen, für ihre sociale Stellung muß

sie selbst sorgen, wir müssen nur verhindern, daß sie Chikanen ausgeübt ist, daß ihr Daumenschrauben angelegt werden, um sie in ihrer Hauptaufgabe, der Kritik öffentlicher Einrichtungen, zu behindern. (Bravo! links.)

Abg. Gaulte (fr. Sp.) erklärt die Aufrechterhaltung des fliegenden Gerichtsstandes bei Privatklagen für unannehmbar.

Abg. Dr. Stockmann (Sp.): Da ich die Vorlage für klar und verständlich halte, glaube auch ich, daß sie im Plenum wird erledigt werden können. Ich begrüße die Vorlage mit Freuden, denn sie bedeutet eine Abhilfe gegenüber einem Zustand der Ungevißheit, der augenblicklich für den Gerichtsstand der Presse existiert. Entgegen dem Abgeordneten Marcour kann ich in der Ausnahmebestimmung für die Privatklagen eine Härte für die Presse nicht erblicken. Wenn wir durch diese Ausnahmebestimmung erreichen, daß die Presse in der Verbreitung von Verleumdungen etwas vorzüglicher wird, so wäre das nur ein Fortschritt. Meine Partei wird nur für das Gesetz stimmen, wenn die Ausnahme für die Privatbeleidigungen aufrecht erhalten wird.

Abg. v. Tschadowski-Pontau (Soc.): Die Vorlage hat für uns nur dann Bedeutung, wenn die Vereinfachung des fliegenden Gerichtsstandes auch auf die Privatklagen ausgedehnt wird. Ich habe gegen den Entwurf aber auch noch principielle Bedenken. Die so notwendige Reform der Strafprozess-Ordnung wird verzögert werden mit der Motivierung: Ihr habt ja hier eine Abstrichzahlung bekommen. Hierauf wird die Diskussion geschlossen. Ein Antrag auf Kommissionsberatung ist nicht gestellt. Die zweite Lesung wird daher an einem der nächsten Tage im Plenum vorgenommen werden. Es folgt die zweite Lesung des Schaumweinsteuer-Gesetzes auf Grund der Kommissionsbeschlüsse.

§ 1 lautet: Schaumwein aus Traubenwein, aus Obst- oder Beerentwein (Fruchtwein) sowie alle schaumweinähnlichen Getränke unterliegen, sofern sie zum Verbrauch im Inland bestimmt sind, einer in die Reichskasse fließenden Verbrauchsabgabe (Schaumweinsteuer).

Schaumwein im Sinne dieses Gesetzes sind alle der Schaumweinsteuer unterliegenden Getränke.

Schaumwein, welcher nachweislich der Verzollung unterlegen hat, bleibt von der Abgabe befreit.

Abg. Delfor (Fr.) erklärt sich gegen eine Schaumweinsteuer und behält gegen den § 1.

Auf eine Anfrage des Abg. Schreympf (L.) erklärt der Geh. Legationsrat Johannes, daß alle Aussicht vorhanden sei, daß auch mit Luxemburg eine Vereinbarung über eine Besteuerung des dortigen Schaumweines zu Stande kommt.

Abg. Reinhard (natl.): Das Gesetz, wie es zu Stande gekommen ist, entspricht den Wünschen der Wein verarbeitenden Industrie nicht. Wir haben unsere Wünsche nicht durchsetzen können. Der Ertrag der Steuer steht mit der Schädigung der Industrie in keinem Verhältnis. Ich werde gegen § 1 und gegen das ganze Gesetz stimmen.

§ 1 wird angenommen. § 2 legt die Höhe der Steuer fest. Sie beträgt: a) für Schaumwein, der aus Fruchtwein ohne Zusatz von Traubenwein hergestellt ist, 10 Pf. für jede Flasche, b) für andern Schaumwein und schaumweinähnliche Getränke 50 Pf. für jede Flasche.

Für jede halbe Flasche ist die Hälfte und für jede kleinere Flasche ein Viertel der auf die Flasche entfallenden Steuer zu entrichten.

Als ganze Flaschen werden alle Schaumwein enthaltenden Umschließungen mit Rauminhalt über 425 bis 850 Kubikcentimeter behandelt; Umschließungen mit Rauminhalt über 230 bis 425 Kubikcentimeter gelten als halbe Flaschen. Der Bundesrat ist ermächtigt, für Umschließungen mit Rauminhalt über 850 oder unter 120 Kubikcentimeter besondere Steuerfüße unter Zugrundelegung der Einheitsfüße des Absatzes 1 festzusetzen.

Abg. Fitz (natl.) hätte gern gesehen, daß ein Deklarationszwang eingeführt worden wäre. Da dies nicht geschehen, stimme er nur ungern für das Gesetz. Aber Schaumwein sei ein Luxusartikel, der bei den heutigen Verhältnissen nicht steuerfrei ausgehen dürfe.

Abg. Schreympf (L.) bedauert, daß keine Abmilderung der Steuer nach dem Wert des Weines eingetreten sei. Deshalb stimme auch er nur ungern für das Gesetz.

Schatzsekretär Fritz v. Thielmann erklärt, die 50 Pf.-Steuer werde 4 1/2 Millionen einbringen, die die Reichskasse sehr gut brauchen könne.

Abg. Wurm (Soc.): Wir werden gegen das Gesetz stimmen, zunächst weil sein Ertrag zur Deckung der Kosten der Flottenvorlage dienen soll, dann aber auch deshalb, weil die Steuer schädlich für die Industrie ist. Es werden hauptsächlich die mittleren Sorten Schaumweine von derselben getroffen und für diese liefern die deutschen Winzer das Rohprodukt. Gerade die etwas sauren Kleinweine werden zu mitteren und billigen deutschen Schaumweinen verwendet. Wollen Sie den Luxus treffen, so müssen Sie eine entsprechende Einkommen- und Vermögenssteuer für das Reich einführen, nicht aber mit solchen Fälligkeitmitteln verschleiern, daß weder die Regierung noch die Mehrheit des Reichstages dafür zu haben ist, endlich die großen Einkommensvermögen zur Deckung derjenigen Kosten heranzuziehen, die von derselben Mehrheit und Regierung durch die Welt-Weinewirtschaft geschaffen werden. Die Einführung einer Steuerart ist von uns befürwortet worden, um die Industrie von den Verpflichtungen einer Beamten-Kontrolle zu befreien. Zu dem Entwurf ist aber außer der Steuerart nun auch noch diese Beamten-Kontrolle hinzugebracht worden. Aus allen diesen Gründen werden meine Freunde und ich gegen das Gesetz stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

§ 2 wird hierauf gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt § 3: Die Schaumweinsteuer ist vom Hersteller des Schaumweines mittels Anbringung eines Steuerzeichens an der Umschließung zu entrichten, bevor der fertige Schaumwein aus der Erzeugungstätte entfernt oder innerhalb derselben getrunken wird. Die näheren Bestimmungen über die Form, die Anfertigung, den Vertrieb und die Art der Verwendung der Steuerzeichen trifft der Bundesrat. Er stellt die Voraussetzungen fest, unter welchen für verwendete Steuerzeichen ein menschengleiches Ertrag und für noch nicht verwendete Steuerzeichen ein menschengleiches Umtausch oder eine Rückzahlung gewährt werden darf. Steuerzeichen, welche nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendet worden sind, werden als nicht vorhanden angesehen.

Die Anbringung eines Steuerzeichens ist nicht erforderlich, wenn der Schaumwein vor der Entnahme aus der Erzeugungstätte zur Ausfuhr unter amtlicher losenfreier Kontrolle angemeldet wird. Gegen Sicherheitsbestellung ist die Schaumwein-Steuer für eine Frist von wenigstens neun Monaten zu funden. Für eine Frist von drei Monaten kann sie auch ohne Sicherheitsbestellung gestundet werden.

Hierzu beantragen die Abgg. Dr. Müller-Reiningen (fr. Sp.) und Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.) die Wiederbestellung der Regierungenvorlage. Derselbe lautet: Die Schaumweinsteuer ist zu entrichten, sobald der Schaumwein aus der Steuerkontrolle in den freien Verkehr tritt. Zur Entrichtung ist derjenige verpflichtet, der den Schaumwein zur freien Verfügung erhält. Gegen Sicherheitsbestellung ist die Schaumweinsteuer zu funden. Für eine Frist bis zu drei Monaten kann sie auch ohne Sicherheitsbestellung gestundet werden.

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages sollen in der Kommissionsfassung die Worte „oder innerhalb derselben getrunken“ gestrichen werden.

Sollte auch dieser Antrag nicht angenommen werden, so haben die Freisinnigen folgenden Eventualantrag eingebracht: die Worte „oder innerhalb derselben getrunken wird“ zu ersetzen durch die Worte: „oder innerhalb derselben gegen Verzollung verabfolgt wird.“

Abg. Dr. Müller-Reiningen (fr. Sp.): Wird das Gesetz in der Kommissionsfassung angenommen, so ist unsere Schaumwein-Fabrikation der Luxemburgischen Konkurrenz vollkommen preisgegeben. Ehe ein Vertrag mit Luxemburg vorliegt, dürfen wir das Gesetz überhaupt nicht verabschieden. — Die Fassung dieses Paragraphen ist die denkbar ungünstigste. Die Kommission hat in ihrer Hilfslosigkeit schließlich alles dem Bundesrat überlassen. Das Steuermarkensystem wurde zunächst in der Kommission scharf bekämpft, erst ganz zuletzt glaubte man eine unfehlbare Kontrollmarke, die Doppelplombe gefunden zu haben. Aber auch diesen Stein der Weisen erklärte die Regierung nicht für genügend. Trotzdem hat die Kommission das Markenystem beibehalten. Ich bitte Sie daher dringend, die Regierungsfassung wieder herzustellen. Zum mindesten aber bitte ich Sie, unsere Eventualanträge anzunehmen. Der Schaumwein, welcher an der Erzeugungstätte selbst getrunken wird, darf nicht der Steuerkontrolle unterliegen. Es wäre ein unerhörter Eingriff in den intimsten Familienverkehr der Selbstfabrikanten, wenn diese nicht einmal einem Besuch, der zu ihnen in den Keller kommt, unbefugten Wein darreichen könnten. Es handelt sich hier um keine Luxus-, sondern eine Fabriksteuer. Gerade die Selbstfabrikanten, die ihre Flotte, als sie den Rhein herunterfährt, geradezu in Sekt schwimmen lassen, haben ein solches Schicksal wahrlich nicht verdient. (Weiterkeit und Beifall links.)

Abg. Dabach (C.): Gerade der letzte von dem Herrn Vorredner erwähnte Vorzug hat die Kommission zu der Ansicht gebracht, daß Leute, die solche Dinge machen können, auch zu Gunsten der Allgemeinheit eine Steuer entrichten sollen. Vor allem sollen auch die Schaumweinsteuer-Konsumenten eine Steuer entrichten. Die Kommission ist durchaus nicht so verzweifelt gewesen, wie der Herr Vorredner es hinstellt, sie hat nur außerordentlich gründlich die Materie durchgearbeitet. Gegenüber dem zuletzt zu Stande gekommenen Beschluß hat sich die Regierung durchaus nicht unbedingt ausgesprochen. Die Vorlage stellt nicht mehr Ansprüche an die Fabrikanten, als das vorherige Einkommensteuergesetz an die Steuerzahler. Ich bitte Sie die Kommissionsfassung anzunehmen.

Unterstaatssekretär Fischer (auf der Tribüne fast unverständlich) macht darauf aufmerksam, daß die Kommissionsfassung der Regierung die Möglichkeit läßt, die näheren Bestimmungen über das Steuerzeichen nach ihrem Ermessen zu treffen.

Abg. Dr. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.): Im Interesse der Erhebung der Steuer und im Interesse der Fabrikanten liegt es, die Regierungsfassung anzunehmen. Die douernde Kontrolle sämtlicher Wirte und Weinhandler in Deutschland, wie sie die Kommissionsfassung zur Folge hat, ist etwas ganz Ungeheuerliches. — An die Regierung möchte ich die Frage richten, ob die Absicht besteht, die Steuerzeichen allgemein durch Beamte anbringen zu lassen, falls einzelne Fabrikanten sich Defraudationen zu Schulden kommen lassen.

Unterstaatssekretär v. Fischer: Eine solche Absicht der Regierung, für die Defraudationen einzelner den ganzen Stand lässig zu lassen, besteht nicht.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Die Schaumweinsteuer an sich würde im Prinzip bei Gelegenheit der Flottenvorlage von der Mehrheit des Hauses beschlossen; es handelte sich für uns nur noch darum, eine Form zu finden, die die Schaumwein-Industrie am wenigsten belästigt. Eine Steuerkontrolle war unbedingt nötig und das Steuerzeichen hat sich schließlich als der geeignete Weg erwiesen.

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.): Die Fabrikanten empfinden diesen § 3 als eine schwere Belastigung. Betroffen werden davon vor allem die Kleinbetriebe. Zum mindesten müßte doch das Gesetz volle Klarheit schaffen. Die Kommission aber hat in ihrer Hilfslosigkeit alle Bestimmungen über die Beschaffenheit des Steuerzeichens dem Bundesrat überlassen. Ich bitte Sie, dieses Steuerzeichen, das wir noch gar nicht kennen, abzulehnen und die Regierungsfassung anzunehmen.

Damit schließt die Diskussion. Unter Ablehnung der Anträge Dr. Müller-Reiningen wird § 3 in der Kommissionsfassung angenommen.

§§ 4 bis 5 werden unverändert genehmigt. § 6 enthält Bestimmungen über die Anmeldeung der Schaumwein-Fabrikanten. Nach Absatz 2 dieses Paragraphen bedürfen diejenigen Räume, welche zur Lagerung von fertigem unversteuerten Schaumwein dienen sollen, der Genehmigung der Steuerbehörde.

Die Abgg. Müller-Reiningen und Schmidt-Eberfeld beantragen, diesen Absatz 2 zu streichen. Der Antrag wird abgelehnt, § 6 in der Kommissionsfassung angenommen.

Abg. Dr. Müller-Reiningen (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur konstatieren, daß auf unserer Seite nicht verstanden worden ist, daß wir uns bereits in der Abstimmung befinden. Wir werden deshalb bei der dritten Lesung auf unseren Antrag zurückkommen.

§§ 7 bis 8 werden hierauf unverändert angenommen. § 10 bestimmt, daß der Fabrikant über den Steuerbeamten jede im Steuerinteresse oder zur statistischen Zwecke erforderliche Auskunft über den Fabrikbetrieb zu erteilen hat.

Den Oberbeamten der Steuerverwaltung sind die auf die Herstellung und Veräußerung von Schaumwein sich beziehenden Geschäftsbücher und Geschäftspapiere auf Erfordern zu jeder Zeit zur Einsicht vorzulegen.

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.) beantragt, diesen letzten Absatz zu streichen. Die Abgg. Dr. Müller-Reiningen und Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.) beantragen, im Absatz 1 die Worte „oder zu statistischen Zwecken“ zu streichen.

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.): Die Regierung wird keine Verantwortung übernehmen wollen für die Beschwiegenheit aller Oberbeamten der Steuerverwaltung. Daher seien die Schaumwein-Fabrikanten in dem zweiten Absatz dieses Paragraphen eine große Gefahr und ich bitte Sie dringend, unseren Antrag auf Streichung des Satzes anzunehmen.

Unterstaatssekretär v. Fischer wendet sich gegen den Antrag. Die Anträge Dr. Crüger und Dr. Müller-Reiningen werden abgelehnt, § 10 unverändert angenommen. Desgleichen die §§ 11 bis 18.

§ 19 bestimmt, daß Hersteller von Schaumwein sowie Händler und Wirte für die von ihnen ausgestellten sowie von ihren Familienmitgliedern verwirkten Geldstrafen haften. Wird nachgewiesen, daß die Zuwiderhandlung ohne ihr Wissen verübt ist, so haften sie nur für die Steuer. Die Haftung für Geldstrafen kann nur durch richterliches Urteil ausgesprochen werden.

Die Abgg. Dr. Müller-Reiningen und Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.) beantragen folgenden Zusatz: „wenn bewiesen wird, daß die Zuwiderhandlung mit ihrem Wissen erfolgt ist.“

Abg. Dr. Müller-Reiningen (fr. Sp.): Ich will durch meinen Antrag nur erreichen, daß die Beweislast etwas verschoben wird. Nach der Vorlage muß der Hersteller nachweisen, daß Zuwiderhandlungen ohne sein Wissen erfolgt sind. Ich will dagegen durch meinen Antrag erreichen, daß dem Hersteller der Dolus von der Steuerbehörde nachzuweisen ist.

Unterstaatssekretär v. Fischer wendet sich gegen den Antrag. Nach weiterer unerheblicher Debatte wird § 19 unter Ablehnung des freisinnigen Antrages in der Kommissionsfassung angenommen. — Der Rest des Gesetzes wird debattelos erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (1. Beratung des Gesetzesentwurfes betr. Aenderung der in gewerblichen Betrieben, 8. Lesung der Germania-Ordnung.)

## Zolltarif-Kommission

Die Tarifkommission des Reichstags fuhr am Dienstag bei den Positionen 131 bis 133, die gemeinsam verhandelt werden, in ihren Beratungen fort.

Position 131 läßt Milch usw. zollfrei.  
Position 132 legt auf Butter einen Zoll von 30 M. (bisher 20 Mark).  
Position 133 sieht für Käse einen Zollsatz von 30 M. vor (bisher 20 M.).  
Hierzu beantragen:

1. Freiherr v. Wangenheim (L.) für Milch, frisch, 3 M., sterilisiert 5 M., Rahm, frisch 20 M., sterilisiert 30 M., für Butter 35 M. und für Käse 35 M. für 1 Doppelcentner.
2. Camp (Rp.), Herold (C.), Graf Schwerin (L.) und Dr. Spahn (C.) (Kompromißantrag) für Milch 3 M., Rahm 15 M., Buttermilch und Molken Zollfreiheit, für Butter 35 M.
3. Gothein (fr. Bg.) für Butter wie bisher 20 M., Käse wie bisher 20 M.
4. Müller-Meinungen (fr. Bp.) für Butter 16 M., Käse 20 M., Hartkäse in mahlsteinförmigen Laiben das Stück im Gewicht von mindestens 50 Kilogramm einen Zollsatz von 15 M.
5. Nutric (Soc.) und Gen.: Zollfreiheit.

Herold (C.) vertritt den Kompromißantrag. Im Reichsgebiet sei eine derartige Ueberproduktion von Milch und Butter vorhanden, daß für diese Ware kaum Absatz zu finden sei. Deshalb sei ein „gehöriger Schutz“ notwendig.  
Vebel (Soc.): Die Herren von der Mehrheit machen sich die Begründung sehr leicht. Sie wissen, daß sie die plumpe Mehrheit hinter sich haben und glauben daher, Gründe nicht angeben zu brauchen. (Unruhe im Centrum.) Jolle werden gefordert, einerlei, ob wir eine Einfuhr gebrauchen oder nicht. Die Milchzufuhr findet dort statt, wo in den Grenzbezirken nicht genug Milch vorhanden ist und solche leichter aus dem Ausland als aus dem Inlande bezogen werden laun. Der Einwand, daß die Sätze als Kompensationsobjekte benutzt werden können, ist nicht stichhaltig. Schon die Thatfache, daß überall Erhöhungen gefordert werden, läßt erkennen, daß man auch in den Verträgen höhere Sätze haben will. Dieses Streben ist im Ausland erlaubt und die Länder machen schon Anstrengungen, für jede Mark Zollserhöhung in Deutschland mit einer Erhöhung von zwei Mark für aus Deutschland bezogene Waren zu erwidern. Hier wird Deutschland schwer getroffen, weil wir mehr Waren nach den Niederlanden und der Schweiz verkaufen, als wir von dort beziehen. In den Motiven sind direkte Widersprüche vorhanden. In einer Stelle wird die Milchwirtschaft als rentabel bezeichnet, an anderer Stelle das Gegenteil. Bei Butter ist eine große Nachfrage nach guter Durchschnittsware vorhanden. Obwohl Dänemark keinen Zoll hat, erzielt es sowohl im eignen Lande wie in England sehr hohe Preise für Butter. Feinen Käse produziert Deutschland nicht so viel wie es gebraucht. So viel Mähe die Molkereien sich gegeben haben, ist es bisher nicht gelungen, die guten Sorten in ausreichender Menge zu erzeugen. Zwar liefert die Schweiz recht viel Käse nach Deutschland, aber es bezieht viel Getreide und Industrieprodukte aus Deutschland. Diesen Kunden zu erhalten haben wir alle Ursache.

Müller-Meinungen (fr. Bp.): Die Butterpreise seien in den meisten Städten gestiegen. Die Einfuhr von dänischer Qualitätsbutter sei zu gering, um die Preise der einheimischen Butter drücken zu können. Die Qualitätsbutter werde überall gesucht, die Nachfrage sei sehr groß, das Angebot zu gering. Bezüglich des Käses werde auch in Zukunft der Bedarf seitens der deutschen Landwirtschaft nicht annähernd gedeckt werden können.

Fischbeck (fr. Bp.) beantragt, in dem Antrage des Freiherrn v. Wangenheim einzugehen: Milch, sterilisiert, frei. Er begründet seinen Antrag unter Hinweis auf die Schriften des Milchgenossens Helms und des Grafen Lippe, nach deren Berechnungen die Produktionskosten der Milch durch die erzielten Preise reichlich gedeckt würden. Wenn man die Produktionskosten verringern wolle, so solle man doch die Futtermittel zollfrei lassen. Der Antrag auf Zollfreiheit für sterilisierte Milch wolle ein Ventil schaffen gegen die Berliner Polizeiverordnung, welche dem Mischring des Herrn Ring-Düppel gegen die Berliner Konsumenten zu Hilfe gekommen sei. Allerdings verstoße diese Verordnung gegen das Nahrungsmittelgesetz und werde hoffentlich von den Gerichten für ungültig erklärt werden.

Vorsitzender Reichth unterbricht den Redner; die Antragsteller hätten nur das Recht, ihre Anträge zu begründen.  
Stadthagen (Soc.) weist nach, daß nur beschlossen ist, daß die Antragsteller das Wort erhalten, daß aber kein Wort in der Anweisung darüber steht, was sie sagen sollen.

Sahn (W. d. L.) begründet den Antrag Wangenheim, indem er u. a. auf die hohen Preise der Futtermittel hinweist. (Zwischenruf: Die wollen Sie ja durch Schutzzölle noch weiter verteuern!) Früher sei die Berliner Verbrauchermilch zum großen Teil gefälscht gewesen, wie durch Gutachten erwiesen sei. (Widerspruch links.) Das Bestreben des Mischringes gehe nicht dahin, die Milchversorgung der Reichshauptstadt zu verschlechtern oder zu verteuern, sondern „den märkischen Milchbauern die früheren höheren Milchpreise wieder zu erringen“. Das sei notwendig, denn heutzutage sei die heimische Milchwirtschaft „geradezu ruiniert“, nur in der Nähe einzelner Großstädte seien die Verhältnisse etwas glücklicher.

Stadthagen (Soc.) begründet einen socialdemokratischen Eventualantrag, für den Fall der Annahme des Antrages v. Wangenheim oder Camp zu setzen: Kuhmilch frei.

Die Sterblichkeit der Kinder wird gesteigert, wenn die Milch verteuert oder zugelassen wird, daß die inländische Milch verfälscht wird. Bei dem gegenwärtigen Stande der Landwirtschaft wird nicht genug Milch dort produziert, wo sie gebraucht wird. In einzelnen Gegenden wird zwar gute Milch als Viehfutter verbraucht. Aber das sind Folgen der Verkehrsfeindlichkeit der Agrarier. Man hat dort keine Verkehrsmittel, welche den Leuten die Verwertung ihrer Produkte ermöglichen. Durch Reichsgerichte, im Strafgesetze, im Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und im Nahrungsmittelgesetz ist es verboten, Leute zu betrügen. Die Polizeiverordnung, welche für Berlin sogenannte Marktmitmilch zuläßt, verstoßt gegen die Gesetze und gegen die Rechtsprechung. Man fördert die Verschlechterung der Milch. Bei ausländischer Milch ist Fälschung nicht nachgewiesen. Man muß daher ein Mittel haben, daß die Verdorren sich gegen solche Angriffe auf die Gesundheit schützen kann.

Landwirtschaftsminister v. Podbielski: Der Milchkrieg gehöre nicht vor das Forum des Reichstags. In der betreffenden Verordnung stehe ausdrücklich, daß Wasser der Milch nicht zugefügt werden dürfe, eine Aenderung des Fettgehalts der Milch sei durch die Verordnung nicht konstruiert worden. „Mit der bisherigen Vollmilch sei die Berliner Veredlung angeschmiecht worden.“ Das solle durch die Einführung des Begriffs „Marktmilch“ verhindert werden. „Vollmilch, die nach Berlin komme, solle auch natürliche Vollmilch sein.“ Ein Fünftel der Molkereien in Berlin sei in den letzten Jahren wegen Milchfälschung bestraft worden; das beweise doch, wie notwendig ein behördliches Einwirken gewesen sei. — Früher habe der Handel in Hamburg eine gemischte und gefälschte Faktoreibutter hergestellt. Nicht die heimische Landwirtschaft, sondern der heimische Zwischenhandel sei schuld daran, daß die deutsche Butter auf dem Weltmarkt so tief im Preise stehe. Unse Butter sei sehr gut; die Butterpreise seien aber trotzdem fortwährend gefallen.

Baaische (natl.): Der Mischring fordere vom Konsumenten dieselben Milchpreise, wie früher die Milchhändler; er wolle nur dem Milchhandel den unerhörten Zwischen Gewinn entziehen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Widerspruch, den Vebel in den Motiven gefunden hat, ist nur scheinbar. Thatsächlich ist es eine Vorstellung verschiedener Thatsachen. Statistisch ist es nicht ganz schön und läßt Mißdeutungen zu. Ein Milchzoll hat für die Landwirtschaft gar keine Bedeutung. Die Einfuhr ist im Verhältnis zur Produktion eine so minimale, daß sie als Konkurrenz nicht in

Frage kommt. Wo eine Einfuhr stattfindet, ist dieselbe in der eigentlichen Lage der einführenden Orte begründet. Die beantragten Zölle für Butter und Käse sind so hoch, daß Deutschland den höchsten Butterzoll hat. Man sollte unter keinen Umständen über die Regierungsvorlage hinausgehen.

Bayerischer Ministerialdirektor Ritter v. Geyger: Ein Milchzoll sei in Bayern praktisch nicht durchführbar. Die Milch komme oft an Stellen über die Grenze, wo keine Zollbeamten sind. Man könne doch nicht auf jedem Alpenpfade einen Grenzschützer aufstellen. Vom bayerischen Standpunkt aus müsse er jedem Milchzoll, aber auch jeder Minderung des Käsezolls der Vorlage entgegen treten.

Fischbeck (fr. Bp.): Die Milchfälschung durch Händler sei nicht so groß, wie die Leiter der Centrale behaupten. Die Milch werde auch oft von den Bauern verfälscht.

Speck (C.): Die bayerischen Käseereien im Allgäu bezögen viel Milch aus Oesterreich und der Schweiz. Der Milchzoll würde diese sehr schädigen.

In der Abstimmung wird der Antrag Antrag auf Zollfreiheit für Milch mit 12 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Dagegen wird der socialdemokratische Eventualantrag auf Zollfreiheit für Kuhmilch mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen. (Stimmliche Mehrheit.) Der Antifeminist Gabel stimmte für diesen Antrag, trotzdem er vorher gegen die Regierungsvorlage gestimmt hatte.

Der Antrag Fischbeck wird abgelehnt, ebenso der Antrag v. Wangenheim und der durch den socialdemokratischen Eventualantrag abgeänderte Antrag Camp.

Unter Ablehnung aller Anträge werden hierauf für Butter und Käse die Sätze der Regierungsvorlage angenommen.  
Position 134 legt auf Eier 8 M. (bisher 3 M.).  
Position 135 sieht für Eigelb 8 M. vor; denaturiertes Eigelb ist zollfrei.

Position 136 läßt Eiweiß zollfrei.  
Frhr. v. Wangenheim (L.) beantragt für Eier 20 M., für Eigelb 25 M. und für Eiweiß 25 M.

Gothein (fr. Bg.) beantragt für Eier 3 M., für Eigelb 3 M. und für Eiweiß Zollfreiheit.

Müller-Meinungen beantragt für Eier 2 M.  
Die Socialdemokraten beantragen durchweg Zollfreiheit.

Müller-Meinungen (fr. Bp.): Der erstrebte zehnfache Eierzoll ist ein sehr starkes Verlangen. Die Motive des Gesetzes setzen selbst richtig fest, daß das Inland nicht annähernd den Bedarf decken kann. Wir führen über hundert Millionen Mark Eier ein.

Sahn (W. d. L.): Die Zahl der Legehühner laun in einem Jahre so hoch gebracht werden, daß der Bedarf gedeckt wird. Freilich für den Preis, der jetzt für Eier gezahlt wird, laun Deutschland keine Eier liefern.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: 42 Proz. des deutschen Bedarfs an Eiern müssen vom Ausland bezogen werden. Um 22 Millionen Hühner laun die Hühnerzahl in Deutschland nicht vermehrt werden. Das sei bei untrer intensiven Betriebsweise der Landwirtschaft unmöglich, da die Eierproduktion sich nur da rentiere, wo bei der Ernte viel Getreide verfrachtet werde. Der Antrag Wangenheim erhöhe den Eierzoll um 666 Proz.; eine solche Erhöhung sei, von allem andern abgesehen, schon politisch nicht angängig. Er müsse deshalb aufs euerste vor Annahme des Antrages Wangenheim warnen.  
Hierauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch 9 Uhr verlag.

Abg. v. Hohenberg (Welfe) teilt mit und berichtend mit, daß er bei den Viehzöllern sich für den Antrag Schwerin erklärt habe, so weit der Pferdezoll in Frage laun. Er habe sich auch grundsätzlich für den Gewichts Zoll bei allem Rastvieh ausgesprochen. Dagegen habe er die vom Kompromißantrag geforderten Zollsätze für zu hoch erklärt und sich in allen Fällen gegen eine Bindung ausgesprochen, da er langfristige Handelsverträge unter allen Umständen für nötig halte.

## Zur Unterstützung des Generalstreiks in Belgien

gingen bei der Expedition des „Vorwärts“ folgende Beiträge ein:  
Der Klub am Platz 7.— Schneiderwerkstatt Grotz, 2 Note, 3,50.  
K. M. 2.— Organisierte Kochknecht D. F. R. 1,50. Verammlung, erger Wahlkreis, durch Bittner 5,50. Werkstatt von Kaufe, Reichsbergerstr. 83a, 4,00. Fabrikantene Tisch, Wilsdorf, 4.— Burgerkolonne Kgl. Bau Schröder, Kaiser-Allee, 8.— Von Töpern vom Bau David, Brühlstraße, 6,05. Rudat, Lazepjezer, Sangerhausen, —25. Morgenprache der Gobler und Maschinenarbeiter bei Diele 5.— Gesammelt bei Stege, Grüner Weg 23, 9,70. Beldblener und Maschinenpersonal Janbari u. Co, Velle-Altenstraße, 13,95. Lazepjezerwerkstatt Dunski 4,50. Silberarbeiter und Dächler von F. Roggion 10.— Schneiderwerkstatt Schumler 20.— Näbiger und Arbeiter der Firma Bauer u. Knauer, Bau Spindler, Wollkamm, 14,15. Pupe, hier 1.— Verband der Berliner Dampfmaschinengewerkschaft 7,55. Streifbonds der Kürchner 50.— Deutsch-Rufen, Jafobstraße, 6.— Fassbinder von Siemens u. Holste 24,25. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsbüro Berlin 3000.— Vandalerei Volat-Anzeiger 35,75. Töpfer von Reichmar 3.— Von den Kollegen der Werkstätte Louis Stödel 5,05. Schneiderwerkstatt Anders 3,50. Buchdrucker Fr. Weber 10.— Von den Arbeitern der Firma Waldbauer u. Wegdorf 35.— 1. Vaternenanzünder 1.— G. Jachide, Maffner 1.— Ueberlauf vom 18. Märztranz, Arbeiter der Firma Schuster G. H. Treptow 7,50. Tischlerwerkstätte von Jochel, Friedrichstr. 8 10.— Bei einer Junggesellenfeier, Treckdrehlei Wegelchen 5.— Von den Arbeitern der Firma Kaiser u. Schmidt 21,25. Die Pressmatten aus Trier 7,20. R. Pöbner und Freunde 4.— Wolf R., Jaldersfeld 5.— Rauchklub Ruba 5.— Filiale Tegel D. B. d. im Gemeinbedriebe beschäftigt Arbeiter und Unterangestellten 10.— Bodenem, Ueberlauf vom „Wahren Jakob“ 8.— Königberg (W.), in der Expedition der Volkszeitung 1. 2. eingegangen 100.— Organisation der Steinarbeiter in Bangkau d. Jinnernann 100.— Gef. v. d. Stellmachern d. Uferstraße 8.— Übung von der eigenständigen Spirituallisten 10.— Werkstelle von „oben“ von Peet u. Kloppeuburg 5,90. Ungeant, Pagen (Welfe), 3.— W. R. Dagen (Welfe), 2.— Deutscher Textilarbeiter-Verband, Filiale I, Berlin (darunter 6 M. für einen Beitrag von Dr. Dur) 106.— Einige Spandauer Freunde 6,50. Saal 3, Siemens u. Holste, 4,25. Vom aufgelösten Klub Freier Männer, Schöneberg, 2,50. Tischlerwerkstatt Schirn, Weissenf., 5,20. Tischlerfabrik Schöde, Wettersburgerstr. 85, 6.— R. Treptow, gel. a. Stauwisch 5,00. Vetterverein „Wah auf“ 5.— S. W. B. Grünau 3,33. Organisierte v. Bergas Gebr. 4,20. Verband der Bergarbeiter, Fil. Berlin, 300.— Töpfer Vorkhaus durch Max Kroll 14,70. Tischlerei Joch u. Schöne mit 2 Annahmen 4,80. Landhummel Gebrüder 1,25. Stiftungsfest Nahrungsmittel „Wah auf“, Spandau, 11,40.  
Summa 4066,70. Berzelt quittiert 4307,80. Jndagsamt 8406,50.  
Berichtigung: In der letzten Ausgabe unter „Sattler von Behmann u. Schiefinger“ lies 2,50, statt 1.—

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen des Deutschen Reichs (Berl.) am 23. Märzabend 9 Uhr, Arminienhallen, Mitgliederversammlung: Besprechung über die Beschaffe und die Anträge zur Generalversammlung. Erscheinen notwendig.

Verband der Mineralwasser-Arbeiter Berlins und Umgegend. Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr bei Watt, Dragonerstr. 16, Generalversammlung.

Niddorf. Heute abend im Lokal von Thiel, Bergstr. 151/152, öffentliche Versammlung aller in der Baubranche Beschäftigten.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 29. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Belgien. — Die Aufgaben unserer Presse. Von Julian Borchardt. — Krisenheorien. Von Karl Kautsky. 3. Die Erklärung der Krisen aus der Unterfunktion. — Die politische Bewegung in Belgien. Von Emilio (Redacteur des „Peuple“). — Literarische Rundschau: Erich Salfer, Berliner Kämpfe. Was muß das Volk vom dritten Weltkriege wissen? Semanalarbeiter für das Jahr 1901 und 1902. — Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1902. — Revueleten: Briefe von Karl Marx an Dr. v. Kugelmann. (Fortsetzung.)  
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportiere zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postämtern ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern gehen jedergeltig zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Diez Verlag) ist uns soeben die Nr. 9 des 12. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Vorkämpferin. Von Clara Müller. — Zur Weisheit. — Warum fordern wir den Achtstundentag? — Der Kampf um das Arbeiterinnenrecht. Gelegentlich

Malen. Von Dr. Robert Michels. — Schutz den Schwangeren und Wöchnerinnen. Von a. Dr. — Kassische Arbeiterinnen im Kampfe. — Revueleten: Frau Rot Goethe. Von Manfred Wittich. (Fortsetzung). — Revueleten: Frauenbewegung. — Quittung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1902 unter Nr. 3051) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ezechunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

S. R., Aderhof. Die Angelegenheit muß zunächst in der Gewerkschaft zur Sprache gebracht werden.

A. S. 100. Wir haben keine Gewißheit darüber, daß die Kasse sicher ist, müssen vielmehr nach den früher mit ähnlichen Kassen gemachten Erfahrungen das Gegenteil annehmen.

A. S. 1. Ihre Ansprüche sind sehr bescheiden. Sobald wir jemand finden, der die Anleihe aufnimmt, teilen wir es Ihnen mit. Aber lassen Sie sich die Zeit nicht lang werden.

G. S. 2. Darüber bestehen Provinzialvorschriften; Sie müssen sich bei einem dortigen Anwalt erkundigen. — Pilsener. Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. — J. M. G. H. S. 35. Klein. — A. S. 26. Das Lohnbeschlagnahme-Gesetz vom 21. Juni 1890 ist durch einige Novellen geändert. Die letzte Fassung finden Sie S. 136—138 des „Arbeiterrechts“. 2. Ja, bis auf etwa 10 Mark wöchentlich. — C. S. 2. 02. 1. Ja. 2. Sie soll Qualifikationsbescheinigung. Zur Erlangung dieser ist Nachweis der Gewerkschaftsmäßigkeit und des Lebens nur von 200 Marken erforderlich. — R. 24. 1.—3. Die Sätze sind nicht im Gesetz festgelegt, sondern werden von Fall zu Fall vom Richter bestimmt. Die Praxis schwankt im Fall 1 zwischen 16 und 24, Fall 2 zwischen 50—100, im Fall 3 zwischen 30 und 60 M. monatlich. 4. Die unentbehrlichen, also z. B. ein Bett, Tisch, Stuhl, Schrank.

G. S. 36. 1. 1884, 1887, 1890, 1893, 1898 fanden Wahlen zum Reichstag statt. 2. Vom Kartell-Reichstag (87 gewählt) ist die fünfjährige Legislaturperiode eingeführt. Der erste am fünf Jahre gewählt, aber vor seinem gesetzlichen Ende aufgelöste Reichstag war der 1890 gewählte. — H. S. Wenn der betreffende 26 Wochen lang krank aber wenn er nur noch 1/2 erwerbsfähig ist: Ja. — Steinmetz. Sie müssen sich von der Kirche anstellen lassen, den Zehn brauchen Sie nicht mitzuteilen. Lohnpunkt, zwischen 2 und 4 M. — J. S. 11. 1. Wenn gemeinschaftliche Schlichterei vorlag oder ein gefährliches Werkzeug gebraucht wurde, so laun auch nach einer Einigung Anklage erhoben werden. 2 und 3. Klein. — Schneider 99. 1. Leider nein. 2. Durch Nachfrage bei der Staatsanwaltschaft oder der Polizei. 2. Einmal monatlich. — K. D. Leider zu spät.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse  
**Karl Wegner**  
Tischler,  
verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. April, nachmittags 6 Uhr, von der Halle der St. Simons-Gemeinde in Brigg aus statt.  
Nege Beteiligung erwünscht.  
Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Reichstagskandidat  
**Theodor Schön**  
Bildhauerstr. 24, am 22. April plötzlich verstorben ist.  
247/8  
Ehre seinen Anekden.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 4 Uhr von Trarsthal aus nach dem neuen Hauptfriedhof statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.  
Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Am 21. April verstarb nach langem Leiden der Tischler  
**Karl Wegner**  
im Alter von 53 Jahren.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. April, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des St. Simons-Kirchhofes, Tempelhofer Brühlstr. 24 aus statt.  
217/8  
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.  
Der Vorstand.

**Orts-Krankenkasse der Sattler.**  
Am 19. April verstarb unser Mitglied, der Sattler  
**Friedrich Sausel.**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gildes, Kirchhofes, Pringel-Allee, aus statt.  
272/15  
J. H. G. Assmann.

**Nur für Frauen!**  
**Grosser Vortrag**  
in Berlin N., Schönhauser Allee 26, am Donnerstag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, über:  
**Wie laun man die meisten blutigen Operationen bei Frauenkrankh. beseitigen?**  
(Mit besonderer Berücksichtigung des Falles Gebärm.)  
**Unfruchtbarkeit?**  
3. Fragebestimmung.  
Referentin: Frau A. Pickel.  
Eintritt für Wöchner (Frauen u. Mädchen reiferen Alters) 30 Pf.  
Gib dabei ergebenst ein 21106  
Naturheilverein Charlottenburg-Berlin.  
Geschäftsstelle f. d. Schönb. Vorstadt: Stargarderstr. 63, v. IV bei Jürg.

**Filialen:**  
Berlin, Chausseestraße 54 und Bellealliancestraße 98.  
Stettin, Magazinstraße 2 und Sobenzollernstraße 3.

**Mass-Anzüge**  
24 und 30 M.  
**Paletots nach Mass 22 M.**  
Alle diejenigen welche in irgend einer Weise mit ihren Maß-Anzügen nicht zufrieden gestellt wurden, sollen unbedingt bei mir den Versuch machen.  
Lieferer von prima 1900's  
**Stoffresten**  
die feinsten Maß-Anzüge unter Garantie des Outfitting zu obigen Preisen.  
**Engros-Rester-Handlung**  
Bellealliancestraße 98, 1 Tr.  
und  
Chausseestraße 54, 1 Tr.  
Wegen großer Andrangs bitte recht zeitig zu bestellen.

**Damen-Konfektion**  
direkt aus der Fabrik.  
Kein Laden!  
Jetzt nach bedeutender Engros-Baifon:  
**Einzelverkauf**  
zu  
**Engrospreisen:**  
Capes,  
Paletots,  
Jackets,  
Kostüme.  
**Kinder-Jackets,**  
**Kinder-Paletots**  
in großer Auswahl.  
**Damen- u. Kindermantel-Fabrik**  
**Robert Baumgarten,**  
Hansvolgtsplatz 11, 2. Et. (Ecke der Jerusalemstr. (Nach-Sonn-geöffn.).  
Kuch Teilsahrung.  
36309  
103 Landsbergerstraße 103.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Mittwoch, den 23. April.  
Cyperhaus. Das goldene Kreuz. Slavische Brautwerbung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Julius Caesar. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.  
Schiller. Mein Leopold. Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Leitung. Duse - Gastspiel. La Gioconda. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr zu vollständigen Preisen: Johanniskinder.  
Wochen. Nigolotto. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Neubaus. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Gastspiel des Pariser Ensembles vom Théâtre du Palais Royal. Le Dindon. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Dienstag. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Suisen. Bei Neumanns. Unsere Männer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Carl Weisk. Neumanns vom Viehhof und: Der kleine Cohn. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Berlin, wie es weint und lacht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Serenissimus-Theater. Dantes Willens. Anfang 8 Uhr.  
G. v. Wolzogens Bunter Theater (Webertheater). Anfang 8 Uhr.  
Schall und Rauch. Serenissimus-Theater. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Crepheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Unsere Don Juans. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Volkstrau. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Walsch. Spezialitäten-Vorstellung. Eine Nacht im Volkshaus. Anfang 8 Uhr.  
Casino-Theater. Berlin auf Stelzen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
Wolfsge. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Urania. Tanbender. 48/49. (Im Theaterpal.) Abends 8 Uhr. Frühlingstage an der Riviera. Im Hörsaal. Anfang 8 Uhr. Dr. Donath: Flüssige Luft. Täglich: Sternwarte.

**Urania.**  
Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Frühlingstage an der Riviera.**  
Im Hörsaal 8 Uhr:  
Dr. Donath: Flüssige Luft.  
**Castans Panopticum**  
Friedrich-Strasse 165.  
**Zwergin mit ihrem Kinde**  
(einzig in ihrer Art auf dem Erdenrund!!)  
**Der Boerenkrieg**  
(Botha, De Wet, Delarey, Kräger.)  
Lebende Photographien.  
Neu! humor-musikal. Quintett Kirchmeyer.

**Carl Weiss-Theater.**  
Grote Frankfurterstr. 132.  
**Hannemann vom Viehhof**  
und: Der kleine Cohn.  
Grote Berliner Ausstattungsspiele mit 5 Bildern von Ernst Ritterfeld. Wärfel von Albert Böcher. Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Freitag, den 25. April, zum 1. Male: Hochsensationale Novität aus unsren Tagen.  
**Die Kinder der Armen.**  
Sociales Volkstheater in 4 Akten mit autorisierter Genehmigung des Senatspräsidenten C. Antona-Traversis J. Lanciulli von Gregor Jurek.

**Casino-Theater**  
Lothringersstr. 37.  
Täglich 8 Uhr. Noch kurze Zeit. Das britische April-Programm. 9 1/2.  
**"Berlin auf Stelzen".**  
Am 1. Mai kommt  
**Leonhardy Haskel.**  
**Belle-Alliance-Theater.**  
Heute zum 119. Mal:  
**Die Dame aus Trouville.**  
Schwauk mit Gesang u. Tanz in 3 Akten. Emil Sonderrmann u. G. Ferd. Worms. Miral Birkner. Rosa Marton. Hierauf: „Er“. Pariser Lebensbild in 1 Akt.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Esriade (Waldenbrödel). Lustspiel v. R. Bened.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenstr. 72/73.  
Täglich. Anfang 7 1/2 Uhr: Täglich.  
**Seine Kleine.**  
Am 28. April: Jubiläum der 100. Aufführung.  
Am 30. April: Abschieds-Vorstellung und Benefiz für Guido Thielscher.  
Am 1. Mai: Gastspiel der Schillerseer. Der Herrgottschneider von Ammergan.  
Der Sommer Garten ist in oberbairischer Art decoriert.

**Schall und Rauch**  
(Kleines Theater)  
Unter den Linden 44.  
Mittwoch, 23. April, abds. 8 1/2 Uhr  
Gastspiel von Emanuel Reicher.  
Strindberg-Cyclus.  
Serenissimus-Zwischenspiele u. a.

**Palast-Theater**  
(früher Fern-Palast)  
Burgstr. 22.  
Direktion Richard Winkler.  
**Riesen-Gastspiel.**  
Programm:  
Auftreten der größten Schauspielern der Welt.  
Mit ungeheurer Festschmuck: Erfolge als Abendstück:  
**Der grosse Schlager!**  
8 1/2 Uhr 8 1/2 Uhr  
Eine Nacht im Ballhaus.  
Schwauk in 4 Akten von Sireel. Hängling, Rißler; Dir. Rich. Winkler. Hellborn, Pfarret; Rob. Dill. Lotte, Röhlin; Franziska Kentler.  
Anfang präzis 7 Uhr.  
Eutree 30 Pf.  
Schluß dieser Saison:  
Am 30. April 1902.  
In diesen Tagen haben sämtliche Ehren- und Freikarten zum letzten Male Gültigkeit.

**Deutsche Konzerthallen.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Grösst. Vergnügungsalokal Berlins.  
Internationale Konzerte von 5 Künstler-Kapellen.  
Im 6. u. 7. Bogen erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.  
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

**Apollo-Theater.**  
Um 8 Uhr:  
Acht ausgezeichnete Spezialitäten.  
Um 9 Uhr:  
**Lysistrata**  
mit dem „Grigolalis“.  
Kasseneröffnung 7 Uhr

**Schiller-Theater**  
(Wollner-Theater).  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Mein Leopold.**  
Vollständig in 3 Akten von Kröner.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Mein Leopold.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
Zum 1. Mal:  
**Die Romantischen.**  
Hierauf: **Hexenfang.**

**Central-Theater.**  
Heute zum 125. Mal:  
7 1/2 Uhr. 7 1/2 Uhr.  
**Das süße Mädel.**  
Operette in 3 Akten von Sandberg und Stein. Wärfel von Weisner.  
Morgen und folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
**Das süße Mädel.**  
Sonntag, 27. April, nachmitt. 3 Uhr, halbe Preise:  
**Der Bettelstudent.**  
Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.

**Metropol-Theater**  
Emil Thomas a. G.  
Henry Bender Josef Josephi  
Anna Müller-Linke  
Fritzi Georgette Frid-Frid  
**Unsre Don Juans**  
Grosse Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Leon Troppow.  
Musik von Franz Roth, Adolf Ferron und Victor Holländer.  
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.  
Morgen und folgende Tage:  
**Unsre Don Juans.**  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfangsabend 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

**W. Noacks Theater.**  
Brunnenstr. 16.  
**Manuela**  
oder: Das hübsche Fräulein.  
Schauspiel in 5 Akten v. Rud. Strauß.  
Donnerstag: Lamm und Löwe.

**Cirkus Busch**  
Mittwoch, 23. April, Abends 7 1/2 Uhr  
**Grosse Vorstellung.**  
**Klondike.**  
Orig. Fantastik des Cirkus Busch.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a.  
Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
Nach jeder Solree:  
**Tanzkränzchen.**  
Wochentags Bereinigungsgeld gütlich und Tanz frei.

**Wintergarten.**  
Heute:  
**Das glänzende Ballett**  
und 16 Spezialitäten.

**II. Wahlkreis.**  
Socialdemokratischer Wahlverein  
für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr,  
in Gabels Brauerei, Ausfahrt, Bergmannstr. 5-7:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Revisoren. 3. Diskussion.  
4. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 238/8\*  
Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.

**III. Wahlkreis.**  
Donnerstag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus:  
**Generalversammlung des Wahlvereins.**  
Tages-Ordnung:  
Bericht und Abrechnung vom letzten Quartale; Vortrag des Genossen Robert Schmidt: „Unsere demokratischen Forderungen“; Diskussion; Verschiedenes. 240/10  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Central-Verband der Löhner.**  
Freitag, den 25. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15, Saal VII:  
**Versammlung der Bauvertrauensleute und Bezirksleiter.**  
196/11  
Jeder Bau muß vertreten sein.  
Der Vorstand.

**Verein der Kleber.**  
Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Jannasch,  
Inselstraße 10:  
**Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Kartelldelegierten. 2. Vereinsangelegenheiten.  
Das Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt erforderlich. 101/13  
Der Vorstand.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
Mittwoch, den 23. April 1902, abends 8 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung für den Osten**  
im Lokal von Keller, Köpenickerstr. 29.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Zernicke über: „Die Bedeutung der Gewerkschaften.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 114/5  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntags 3 Uhr.  
Wochentags 5, Ende 11 Uhr.  
**Emilie Carola,**  
preisgekrönte Wiener Schönheit.  
**Gustav Bonné,**  
Humorist mit sein. Schläger:  
Berlin sei ruhig, schrei hurra!  
Der kleine Cohn, der kleine Cohn,  
Der kleine Cohn ist da!  
16 erstklassige Nummern.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfangsabend 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

**W. Noacks Theater.**  
Brunnenstr. 16.  
**Manuela**  
oder: Das hübsche Fräulein.  
Schauspiel in 5 Akten v. Rud. Strauß.  
Donnerstag: Lamm und Löwe.

**Cirkus Busch**  
Mittwoch, 23. April, Abends 7 1/2 Uhr  
**Grosse Vorstellung.**  
**Klondike.**  
Orig. Fantastik des Cirkus Busch.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a.  
Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
Nach jeder Solree:  
**Tanzkränzchen.**  
Wochentags Bereinigungsgeld gütlich und Tanz frei.

**Wintergarten.**  
Heute:  
**Das glänzende Ballett**  
und 16 Spezialitäten.

**II. Wahlkreis.**  
Socialdemokratischer Wahlverein  
für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr,  
in Gabels Brauerei, Ausfahrt, Bergmannstr. 5-7:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Revisoren. 3. Diskussion.  
4. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 238/8\*  
Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.

**III. Wahlkreis.**  
Donnerstag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus:  
**Generalversammlung des Wahlvereins.**  
Tages-Ordnung:  
Bericht und Abrechnung vom letzten Quartale; Vortrag des Genossen Robert Schmidt: „Unsere demokratischen Forderungen“; Diskussion; Verschiedenes. 240/10  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Central-Verband der Löhner.**  
Freitag, den 25. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15, Saal VII:  
**Versammlung der Bauvertrauensleute und Bezirksleiter.**  
196/11  
Jeder Bau muß vertreten sein.  
Der Vorstand.

**Verein der Kleber.**  
Mittwoch, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Jannasch,  
Inselstraße 10:  
**Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Kartelldelegierten. 2. Vereinsangelegenheiten.  
Das Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt erforderlich. 101/13  
Der Vorstand.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
Mittwoch, den 23. April 1902, abends 8 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung für den Osten**  
im Lokal von Keller, Köpenickerstr. 29.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Zernicke über: „Die Bedeutung der Gewerkschaften.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 114/5  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntags 3 Uhr.  
Wochentags 5, Ende 11 Uhr.  
**Emilie Carola,**  
preisgekrönte Wiener Schönheit.  
**Gustav Bonné,**  
Humorist mit sein. Schläger:  
Berlin sei ruhig, schrei hurra!  
Der kleine Cohn, der kleine Cohn,  
Der kleine Cohn ist da!  
16 erstklassige Nummern.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfangsabend 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

**W. Noacks Theater.**  
Brunnenstr. 16.  
**Manuela**  
oder: Das hübsche Fräulein.  
Schauspiel in 5 Akten v. Rud. Strauß.  
Donnerstag: Lamm und Löwe.

**Cirkus Busch**  
Mittwoch, 23. April, Abends 7 1/2 Uhr  
**Grosse Vorstellung.**  
**Klondike.**  
Orig. Fantastik des Cirkus Busch.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a.  
Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
Nach jeder Solree:  
**Tanzkränzchen.**  
Wochentags Bereinigungsgeld gütlich und Tanz frei.

**Wintergarten.**  
Heute:  
**Das glänzende Ballett**  
und 16 Spezialitäten.

**Freie Volksbühne.**  
10. Serie: Im Berliner Theater 1/2. Abteilung.  
Sonntag, den 27. April, 2 1/2 Uhr: 3 Einakter:  
„Gläubiger“, Tragikomödie von Strindberg;  
„Pass“, Eine Kindergeschichte v. Max Dreyer.  
„Volksaufklärung“ von V. Dreyer.  
4./5. Abteilung im „Lessing-Theater“  
gleichzeitig:  
**Die Hoffnung**  
6 Extra-Opernvorstellungen: Metropol-Theater: Don Juan - Carmen - Zauberflöte vom 25. Mai ab. - Marken a 65 Pfennig vom 1. Mai ab in allen Zahlstellen.

**Ordner-Sitzung**  
Sonntag, 26. April, abends 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.  
**General-Versammlung**  
Dienstag, den 29. April, abends 8 Uhr, in  
„Cohns Festsaal“, Beuthstrasse.  
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.  
Tages-Ordnung:  
Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, Revisionsbericht und Diskussion, Anträge, Neuwahl des Ausschusses, Vorstandes, der Revisoren und Obleute der Ordner, und Verschiedenes.  
228/18] Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Neue freie Volksbühne.**  
Sonntag, den 27. April, nachm. 2 1/2 Uhr, im Schiller-Theater:  
**Wilhelm Tell.**  
Karten für Mitglieder und Gäste sind in nachstehenden Zahlstellen zu haben: 2 1/2 Uhr, Adersstr. 38, H. Knapp, Grünthalstr. 5, Grabhandl, Prenzlauer Allee 215, Becker, Weydenstr. 9, Badstüben, Kommandantenstr. 62, Stampchi, Schulstr. 11, I. Köhn, Raumstr. 83, Kaufhold, Brandstr. 52, III. Gess, Räderbörsestr. 18, G. Lauer, Weinmehlfabrik 18, Krenndt, Schönberg, Ehrenstr. 2, D. Lang, Friedenau, Kirchstr. 15, Seitenstr. III. 150/6  
Sonntag, den 4. Mai 1902, im Belle-Alliance-Theater  
Bereinsvorstellung (nur für Mitglieder):  
**Novität! Der neue Stern. Novität!**  
Drama in 5 Akten von Billy Baker.

**Grosse Industrie-Ausstellung**  
BERLIN 1902  
für Gast- u. Hauswirtschaft, Kochkunst, Erfindungen und Neuheiten 21/6  
vom 12. bis inkl. 27. April  
im Luisenhof, Dresdenerstrasse 34-35.  
Entree 50 Pfg.

**Stettiner**  
Jubiläums-  
Pferde-Lotterie  
Ziehung am 6. Mai 1902.  
Hauptgewinne:  
15 Equipagen, complet bespannt  
und zusammen  
100 Reit- u. Wagenpferde  
25 Damenfahräder  
40 Herrenfahräder  
160 goldene Medaillen  
5000 Paar silb. Esslöffel  
zus. 5313 Gew. Werth Mark  
**200,000**  
Orig.-Loose à 1 M. 11 Loose = 10 M.  
Porto u. Gewinnliste 20 Pfg. empfiehlt  
\*Carl Heintze.\*  
Berlin W., Unter den Linden 3.

**Mit nur Mk. 4.30** (Porto und Gewinnliste 30 Pf. extra) für:  
1 Wohlfahrts-Los Mk. 3.30 und  
1 Schneidemühler Los Mk. 1.-  
zu gewinnen die **Haupttreffer:**  
**100,000**  
Mark Baar, ohne Abzug und  
1 elegante Equipage mit 4 Pferden.  
Ziehungen 10. und 27. bis 31. Mai.  
Loosverkauf durch General-Debit **Lud. Müller & Co.** in Berlin  
Reiterstr. 6  
Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

**Honig!** Unverfälscht, deutschen Bienenhonig, schöne helle Tafelware, versch. die 10 Pfundboute zu 6,50 M., 5 Pf. 4 M. franco. Garant. Bienen. Beele Bedienung zugesichert. 38812  
**E. Reil, Nordloh, Bahnhof, Auguststr. 10, Ostend.**  
**Patentanwalt Dammann,** Moritzplatz 57.  
Kundensitz bis abends neun. [38050]

**Zur Maifeier**  
und anderen Festlichkeiten empfehle:  
per 100 Stück  
Maifeier-Postkarten . . . . . 2,50  
Fliegen-Adeln, einfach, mit den Bildnissen unserer Führer . . . . . 5,50  
Fliegen-Adeln, doppelt, mit b. Bildn. u. Führer Wappen, einfach, mit den Bildn. unserer Führer . . . . . 4,80  
Cigarrenspitzen Ia. Feder: incl. m. b. Bildn. u. Führer . . . . . 1,50  
Wasser gegen 50 Pf. in Briefmarken. Versand gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages.  
**Hermann Richter,** 10555 Sebnitz i. S.  
Bestellk. Rudolf Grünler Weg 3 sind alte Stiefel sehr billig.

**Centralverband der Maurer etc.**  
(Zweigverein Berlin.)  
Donnerstag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**1. General-Versammlung**  
des Zweigvereins (aller zum Lohngebiete gehörigen Verbands-Zahlstellen, sowie der Sektionen der Putzer, Rabitzputzer und Cementierer).  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Ergänzungswahl zum Ausschuss. 4. Stellungnahme zur Maifeier. 5. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
**Die Verbandsleitung.** 133/11\*

**Dampfervermietung**  
für halbe und ganze Tage. In erfragen bei **Rudolf Bartel**,  
Präsidentenstraße 67a. 37512

**Steppdecken**  
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik.  
**H. Strohmendel, Berlin S. 72, Wallstr. 72.**  
wo auch alle Decken angefertigt werden. 37992\*

**„Volksgarten“, Brunnenstr. 150.**  
(Grüher Neumann.)  
Empfehle meinen 1000 Personen fassenden schattigen Naturgarten mit Bühne und Saal für Vereine zur Abhaltung von Sommerfesten, Familienfeiern, Hochzeiten etc. Koch einige Tage Regelbahn und Vereinszimmer zu vergeben. **Kaffeeküche Fritz Preuss.**  
**Fritz Preuss**  
Belleallianzstrasse 74 a, Ecke Bergmannstraße.  
empfehle Freunden und Bekannten mein Restaurant in der Nähe des Betriebskommandos. 38782\*

**30 Mark**  
hochfeine Sommerpaletots.  
**30 Mark**  
hochfeine Herrenanzüge.  
12 Mark hochfeine Westmäntel.  
Anfertigung nur nach Maß.  
Guter Stoff, tadelloser Sitz. 37901.\*  
**14 Krausenstraße 14,**  
1 Tr., Tel.-Kant I Nr. 3708. 12.  
**Bühne Nr. 2 an**  
beliebige Teilzahlung.  
Olga Jacobson, Invalidenstr. 135.

Gesetzl. verl. Serien-Lose.  
Abwechl. Haupttreffer 1. Platz  
**300 000**  
19/15  
**178 500, 135 000, 120 000**  
Jedes Los ein Treffer.  
Nächste Ziehung 1. Platz  
Krausenstr. 14, I. u. 5. 50  
L. Johannsen, Apenrade 23.  
**Dr. Simmel, Prizenzstr. 41.**  
Spezialarzt für 17/13\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4

**D. Ziehung 4. Klasse 206. Nat. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung am 22. April 1902, nachmittags.  
Aus der Gesamtheit von 232 300, sind die folgenden Nummern in 4 Klassen gezogen.  
(Ohne Gewähr.)

102	301	14	17	78	469	92	517	68	719	40	80	08	850
943	45	1265	311	576	637	799	900	2036	171	399	424	715	99
94	902	901	3107	15	78	263	299	497	596	68	388	65	80
815	90	918	4016	63	161	89	500	96	349	69	41	615	19
701	874	70	424	33	48	784	835	904	7009	43	143	27	42
53	70	424	33	48	784	835	904	7009	43	143	27	42	53
285	431	34	13000	95	511	83	727	986	94	8168	33	85	408
30	51	86	93	501	555	669	780	848	98	911	54	1090	9037
115	21	13000	80	1000	399	40	921	98	661	836	64	997	
10232	303	458	514	652	702	875	987	96	11102				
77	35	345	50	630	619	701	1500	899	915	27	61	12006	
243	98	578	633	851	929	13014	188	1500	203	60	516		
82	59	830	992	94	14067	179	243	49	70	348	91	406	43
70	73	600	90	747	862	15244	414	570	78	81	757	69	685
10056	231	460	599	609	12	937	11000	17088	92				
4008	710	13000	85	908	18019	27	111	13	70	434	82		
86	883	91	846	83	901	15000	67	93	19061	190	341	425	
64	719	826											
20003	178	213	60	77	407	651	758	948	21088	375			
471	72	555	603	710	991	22080	185	285	317	42	439	871	
901	23283	307	13000	665	774	828	24101	32	1500	235			
21	38	62	330	515	620	58	95	806	50	25043	166	200	
78	370	594	641	77	818	902	15	29170	207	615	99		
15001	27192	207	306	483	546	724	869	940	78	28117			
70	202	312	601	687	908	29108	209	344	479	89	653		
60	779	826											
30075	212	22	93	320	76	455	544	612	1500	720	47		
59	80	991	31080	212	27	3000	442	572	982	32007			
35	129	31	716	17	60	33045	299	339	712	46	63	830	
911	34080	1500	187	267	373	423	82	528	32	53	613		
33	34	50	740	890	70	945	63	35089	1500	96	298	780	
36003	189	374	460	68	687	3000	880	904	97	37135			
210	22	371	602	568	612	56	3000	894	900	38094	219		
51	338	98	803	94	642	67	766	898	19	921	74	39373	407
25	896	100	6	87	85	228	467	91	634	50	711	41	
41132	977	595	484	95	698	790	842	42111	351	471	709	913	
913	43008	19	96	174	89	1000	408	500	17	610	56		
76	701	28	92	91	4	1500	945	1500	44081	361	827	87	
45633	67	130	302	42	719	66	72	93	801	39	41	66	
97	97	46309	369	459	63	649	9	500	781	98	807	810	
47058	1000	213	39	53	704	45	823	69	74	802	89	951	
48228	1000	383	454	532	704	45	823	69	74	802	89	951	
67	49	305	15	63	1300	529	77	429	619	74	98	985	901
50	402	37	854	736	78	915	83	61000	100	232	349		
429	1500	89	654	61	733	52019	50	618	571	95	894		
88	53001	48	169	297	353	637	96	788	837	54016	207		
71	518	79	55123	250	301	634	792	989	56163	77			
245	628	730	89	914	23	63	95	57110	19	88	203	64	345
67	71	488	608	58124	67	379	479	581	1500	697	705	42	
880	59028	123	62	381	512	672	788	842	319				
60028	1500	171	788	828	61114	363	478	87	837				
902	62094	352	473	577	789	834	912	63004	237	30			
435	544	667	88	844	75	64120	89	464	1500	547	678		
791	888	70	1000	65229	93	305	660	733	67	894	96	928	
60034	378	90	98	401	517	55	83	67013	44	110	314		
464	670	708	889	1500	911	23	34	3000	68992	1500			
148	67	1500	271	632	91	872	1500	69101	41	253	50		
630	925	42											
70253	480	580	1500	694	908	92	71214	17	340				
60	1000	419	1000	49	572	603	74	725	1500	840	84		
72018	115	361	884	897	964	73087	3000	28	169	265			
452	90	544	610	1500	12	765	896	953	58	99	7	432	324
45	536	927	715	842	75134	48	248	47	324	521	30	14	754
627	62	811	19	993	76100	245	48	1500	478	501	14	754	
930	79	77148	245	91	478	88	515	54	607	813	53	988	
78029	46	1500	127	13000	39	50	79	427	612	797	900		
70008	312	573	3000	408	748	844	88						
80141	58	94	292	446	92	603	19	39	900	81020	122	317	
67	612	36	914	1500	45	51	82009	119	243	92	3000	345	
60	403	16	55	857	640	984	1500	83007	150	444	518	70	
654	1500	72	925	84169	311	60	415	55	537	630	8000		
700	6	49	892	988	1500	85176	311	557	835	91	86024		
45	217	349	89	423	599	64	616	49	915	70	1000	57139	
468	852	751	826	97	987	91	88123	47	1500	432	83	691	
745	801	8910	211	31	400	17	81	537	602	759	1500		
858	673												
90013	83	183	300	588	579	91118	238	1500	329	441			
623	92144	58	1000	227	73	79	821	633	728	94	93021		
31	127	342	488	812	88	93	784	933	94115	85	200	217	
770	1500	827	140	95683	1500	289	33	590	683	750			
806	33	694	96114	15	69	301	461	532	72	914	34	90	75
97009	173	77	314	59	671	81	1500	93388	93	419	31		
572	686	708	826	54	13000	918	99005	87	280	510	620		
29	39	1000	881										
100284	642	69	613	26	808	671	82	88	101077	226			
77	860	8	323	569	769	896	811	43	54	102029	266		
354	447	728	103627	39	43	71	133	29	201	10	69	81	
323	35	67	512	718	104086	93	275	411	23	1500	865	790	
92	888	96	942	43	105044	110	1000	43	44	214	201		
97	596	1000	11	72	170	200	4	1000	337	1000	84		
13000	636	44	87	1000	722	98	871	107020	80	174			
308	548	612	67	76	848	108064	89	142	79	81	235	312	77
510	619	722	1000	87	102	1000	205	78	201	335	737		
60	78												

**D. Ziehung 4. Klasse 206. Nat. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung am 22. April 1902, nachmittags.  
Aus der Gesamtheit von 232 300, sind die folgenden Nummern in 4 Klassen gezogen.  
(Ohne Gewähr.)

110083	210	83	06	3000	334	539	715	20	111210				
441	626	74	112626	342	455	747	898	113517	625	63			
730	892	95	996	140414	1000	33	90	996	586	619	48		
727	115068	352	554	900	35	116420	505	901					
117026	139	40	232	369	644	118150	92	1000	440	550			
643	812	30	93	920	119061	1500	89	104	8	293	388	403	
24	45	997											
120184	233	1500	324	419	46	616	72	78	1500	727			
28	844	92	1500	121151	347	751	807	909	122056	470			
815	25	36	40	920	1500	123036	258	78	359	124115			
200	308	22	90	427	67	688	734	77	94	125014	28	137	64
292	44	1000	489	582	639	701	67	80	979	12			

Sociales.

Staatskontrolle der Schifffahrt und zwingende Ladelinie in Norwegen.

Die norwegische Regierung hat am 16. d. M. im Staatsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der dieselbe Materie behandelt, die den deutschen Reichstag am Sonnabend bei der Beratung der Seemanns-Ordnung beschäftigte. Die hier in der Resolution aufgestellten Forderungen, die bei den Vertretern der deutschen Regierung so wenig Entgegenkommen fanden, liegen in dem norwegischen Regierungsentwurf in ausgearbeiteter und wesentlich ergänzter Form vor, so daß dieser der deutschen Regierung, wenn sie sich genötigt sehen sollte, mit dem Seemannsbeschluß einmal Ernst zu machen, gewissermaßen zum Vorbild dienen könnte.

Der Gesetzentwurf enthält in seinen 159 Paragraphen außer den Vorschriften über die Ausbildung der Kontrolle, Bestimmungen über Ladung und Führung von Deckladung, über Maschinen und Kessel, Mannschaftsräume, Instrumente, Rettungseinrichtungen, Proviant, Verpflegung, über die Qualifikation der Befehlshabenden und über die Arbeitszeit des Schiffspersonals. Die Kontrolle umfaßt jeden Umstand, der die Seetüchtigkeit der Schiffe bedingt oder darauf einwirkt, und kann durch besondere Verordnung auch auf fremde Schiffe in norwegischen Häfen ausgedehnt werden. Ein besonderes „Seefahrts-Comptoir“, dessen Chef ein in Schifffahrtsangelegenheiten besonders erfahrener und kundiger Mann sein soll, wird unter dem Departement des Inneren errichtet. In dem Comptoir soll ferner ein juristischer und ein technisch gebildeter Konsulent, sowie zwei Sekretäre und zwei Assistenten beschäftigt werden. Die Kontrolle der Schiffe soll durch Schiffsinpektoren, Befähigungsmänner, eventuell durch Vertrauenspersonen der norwegischen „Veritas“ (ein Schiffs-Absichtungs-Institut wie der „Germanische Lloyd“) und durch die Konsula vorgenommen werden. Eine spezielle Befähigung wird für im Ausland angekaufte Schiffe vorgeschrieben. Das ist unter anderem dann sehr notwendig, weil jetzt häufig englische Reeder Schiffe, die sie in England nicht mehr auslaufen lassen dürfen, unter norwegischer Flagge fahren lassen. Ferner ist Befähigung vorgeschrieben: Zur Festlegung der Ladelinie, zur Bestimmung darüber, ob die Schiffe Deckladung führen können, Befähigung solcher Schiffe, die einer größeren Reparatur unterzogen wurden, und eine jährliche Befähigung der Passagierdampfer. Außerdem soll eine Kontrolle der effektiven Besatzung stattfinden. Die Polizei, das Hafensamt und Zollamt haben die Aufsichtsbefugnisse zu unterstützen. Die Schiffsinpektoren, denen Polizeibefugnisse erteilt werden, haben auch die Untersuchungen über Seemanns- und Seefahrtsverletzungen zu führen. Die Konsula werden ermächtigt, Seegerichts-Verhöre, wobei die Aussagen beidseitig werden, vorzunehmen, und als Zeiger sollen ihnen zwei schiffsbaukundige Leute zur Seite gestellt werden. Seemuntliche Schiffe können zurückgehalten werden. Für solche Fälle enthält das Gesetz verschiedene nähere Bestimmungen. Ueber 20 Jahre alte im Ausland angekaufte hölzerne Schiffe, und ebensolche über 30 Jahre alte eiserne Schiffe erhalten keinen Nationalitäts-schein.

Die zwingende Ladelinie sieht das Departement als die am meisten wirksame Maßregel und als dringend notwendig an, um dem unangenehmsten Prozentsatz der Schiffsoerluste Norwegens entgegenzuwirken. Nur wenig Sicherheit würde nach Ansicht der Regierung die freiwillige Ladelinie, dagegen erstere Gefahren und Uebelstände herbeiführen. Eine internationale Konferenz zur Verhandlung der Frage der Seetüchtigkeit anzubahnen, dafür, meint das Departement, sei zur Zeit an den in Betracht kommenden Stellen nicht die nötige Reizung vorhanden.

Die Kosten des Seefahrts-Comptoirs und der Kontrolle werden auf 74 000 Kronen pro Jahr berechnet. Die Reeder sollen verpflichtet werden, eine durch das Störthing näher zu bestimmende Abgabe für die Befähigung, die Ausstellung der Zertifikate usw. zu entrichten, wodurch eine Einnahme von ca. 31 000 Kronen erzielt werden soll. Das übrige der Unkosten ist aus der Staatskasse zu decken.

Der vorliegende Gesetzentwurf findet selbstverständlich die schärfste Gegnerlichkeit unter den Reedern, die in Norwegen ebenso sehr wie in anderen Ländern ängstlich um ihren Profit besorgt sind und im „Interesse der nationalen Schifffahrt“ jede Beschränkung ihrer Ausbeutungsfreiheit ablehnen. Schon wird von einer starken Mindermeinung der Schiffreeder in Bergen gemeldet, die der Ansicht sind, daß nun bei den schlechten Zeiten ihre Konkurrenzfähigkeit durch solche Gesetzesvorschriften besonders schwer beeinträchtigt werde, was der Schifffahrt zum ersten Schaden gereiche. Gegen die zwingende Ladelinie haben die Reeder Bergens sich bereits im Oktober 1901 in einem von ca. 400 ihrer Standesgenossen unterschriebenen Protest an das Störthing erklärt.

Sonntagsruhe in Italien.

Der Abgeordnete Pellegrini hat der Kammer einen Antrag unterbreitet, wonach die Regierung ersucht wird, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der den Arbeitern sowie den Angestellten des Staates und den Handlungsgehilfen die Sonntagsruhe zusichert.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und das Wahlrecht in Schweden. Eine große Frauenversammlung fand am Donnerstag in Rollets Hus zu Stockholm statt und befaßte sich mit dem Frauen-Wahlrecht und dem von Lindhagen in der zweiten Kammer eingebrachten Antrag hierzu. Die Versammlung, die vom „Frauen-Stimmrechts-Komitee“ einberufen war, nahm nach lebhafter Diskussion eine Resolution an, worin ausgeführt wird, daß die Versammlung, obgleich es wünschenswert gewesen wäre, wenn ein definitiver Vorschlag über das Frauen-Wahlrecht auf derselben Grundlage wie das Wahlrecht für Männer im gegenwärtigen Reichstages vorgelegt werden würde, sich dem Antrage Lindhagens anschließt und alle Interessenten auffordert, durch Kammandatanten eine Sympathieerklärung zu Gunsten des Antrages zu unterstützen. Ferner wird Lindhagen ersucht, seinen Antrag dahin zu erweitern, daß die Regierung aufgefordert wird, schon in der nächsten Reichstags-Periode einen Entwurf zum Frauen-Wahlrecht vorzulegen und außerdem der Wunsch geäußert, daß zugleich ein Antrag über die rechtliche Mündigkeit der verheirateten Frauen eingebracht werde.

Lokales.

Frühlingstreiben an der Reichsbildgrenze Berlins.

Während draußen in Wald und Flur der Frühling seinen Einzug hält, geht innerhalb des Häusermeeres der Großstadt das nächtliche Alltagsleben, das rastlose Geschäftstreiben seinen ununterbrochenen gleichförmigen Gang. Die sichtbarsten Zeichen des wiedererwachenden Lebens, die sich an den Büschen und auf den Rasenflächen unserer südlichen Schmuckplätze bemerkbar machen, werden kaum beachtet. Wer hätte auch Zeit und Muße, sich im lärmenden Gemüß großstädtischen Verkehrs der idyllisch auftretenden Frühlingsschönen zu freuen, die innerhalb der Reichsbildgrenze selbst sich zeigen. Der Platz, wo gärtnerische Anlagen eine angenehme Abwechslung in den mühsamen Häuserreihen hervorbringen, sind ja nur wenige, und besonders arm an Schmuckpflanzen sind die Außenbezirke der Stadt, die Proletariatsviertel. Stundenlang kann man in diesen Gegenden die endlosen Straßenzüge durchwandern, ohne durch einen Grashalm oder ein grünes Blatt daran erinnert zu werden, daß der Erdboden nicht nur benutzt werden kann zur Erbauung von Mietkasernen, die ihren Besitzern reichen Ge-

winn abwerfen, sondern daß eben dieser Boden auch im Stande ist, ein Pflanzenleben hervorzubringen, welches Auge und Herz des Naturfreundes erfreut. Erst weit draußen, wo die letzten Ausläufer der Riesstadt noch einige Stücke freien Landes umschließen, entwickelt sich ein reges Frühlingstreiben. Die Naturfreunde unter den Bewohnern der Proletariatsviertel sind eben jetzt an der Arbeit, in den seit Jahren für die Außenbezirke Berlins charakteristischen Laubenkolonien ihre „Nachtungen“ für den Sommer herzurichten. Wochentags steht es hier allerdings ziemlich einsam an. Sonntags aber sind Männer, Frauen und Kinder eifrig beschäftigt mit der Instandhaltung der proletarischen „Sommerfrische“. Sorgfältig wird der magere märkische Boden mit Spaten und Hacke bearbeitet und zur Aufnahme der Pflanzen und Sämereien vorbereitet. Die Ausgaben, die die Bestellung von so einem Stückchen Erde verursacht, sind für proletarische Verhältnisse nicht unbedeutend, und so müssen denn die Laubenkolonisten das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden, und ihrem Boden einigen Ertrag abzugewinnen versuchen. So nahe es auch für den Naturfreund liegt, sein Gärten mit Blumen und Tierpflanzen zu versehen, so können die Kolonisten einer solchen Reizung doch nur in beschränktem Maße folgen. Kartoffeln, Gemüse und andere Nahrungswäcker nehmen den größten Raum ein, und wenn die Nähe des „Pächters“ sich lohnt, dann bietet die Grute „Kuttern“ so manche Mahlzeit für den Mittagstisch. Die Hauptache aber bleibt doch die Freude, die man an der Bestellung des Feldes, sowie an dem Wachstum und Gedeihen der selbstgezeugenen Gartenerzeugnisse hat. Neben der Ausaat beschäftigen sich die Kolonisten gegenwärtig mit der Herrichtung der Lauben, die, wo es die Mittel gestatten, zu lieblich behaglichen und einen gemächlichen Aufenthalt ermöglichenden Hütten ausgebaut werden. Oft entstehen hier aus Latzen und Brettern kleine Bauwerke, die, so dürftig sie auch sein mögen, dem Geschmack und der Kunstfertigkeit ihres Besitzers alle Ehre machen und die zur Behaglichkeit der proletarischen „Sommerfrische“ beitragen. So entfaltet sich gegenwärtig rund um Berlin ein Bild eifriger Thätigkeit, die auf das eine Ziel gerichtet ist, ein Fleckchen Erde herzurichten, auf dem die Familie sich an den Sommerabenden und Sonntagen sammeln kann, um ein wenig auszurufen von den Mühen und Beschwerden der aufreibenden Arbeit in Fabrik und Werkstatt, um etwas frische Luft zu schöpfen und geselligen Verkehr mit den Nachbarn zu pflegen. Es ist freilich nur ein recht bescheidener Naturgenuss, den sich die Proletarier in ihren „Sommerfrischen“ leisten können, und nur wenige sind es, die an diesen bescheidenen Genüssen teilzunehmen in der Lage sind. Aber auch diese wenigen wissen meist nicht, ob es ihnen möglich ist, ihr Feld auch im nächsten Frühjahr zu bestellen. Ist es doch Vauland, auf dem die Laubenkolonien errichtet sind, und das die Besitzer zu diesem Zweck nur verpachten, weil es durch die Unfruchtbarkeit einzuweilen noch nicht in Anspruch genommen wird. So heute noch Kartoffeln, Gemüse und Sommerblumen gepflanzt werden, da wählt im nächsten Frühjahr vielleicht die Schaufel der Banarbeiter den Boden auf, und wo noch in diesem Sommer die Lauben und Hütten stehen, an denen Kirschen und Pflaumen erporen, da erheben sich im nächsten Sommer vielleicht hohe mächtige Mietkasernen, die zahlreiche Familien in ihren Mauern einschließen und den bescheidenen Sommerfreuden der Laubenkolonisten wenigstens an dieser Stelle für immer ein Ende bereiten.

1. Wahlkreis. Genossin Klara Zettin spricht am Sonntag, den 27. April, mittags 12 Uhr, im Palais-Theater, Burgstr. 22, über: „Die revolutionären Kämpfe in Belgien und Russland.“ Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Seit freisinnig! Zu Beginn dieses Jahres wurde bei der Wahl des Vorstandes der Stadtverordneten-Versammlung von der sozialdemokratischen Fraktion, die nunmehr auf 28 Mitglieder angewachsen war, also ein Fünftel aller Stadtverordneten-Mandate besaß, Anspruch auf Vertretung im Vorstande erhoben. Genosse Vorkmann, der erst als Beisitzer und nachher als Beisitzer-Stellvertreter kandidierte, bekam damals nur 46 bzw. 42 Stimmen und unterlag damit den Kandidaten des Freisinn. Nachdem inzwischen durch den Tod des Stadtverordneten Seibert der Posten eines Beisitzers frei geworden war, wurde von unsren Genossen der Anspruch auf Vertretung im Vorstande erneuert. Die Beisitzerwahl wurde in der Stadtverordneten-Sitzung der vorigen Woche vorgenommen, aber das Ergebnis konnte bis zum Schluß der öffentlichen Sitzung nicht mehr bekannt gegeben werden. Wir tragen es heute auf Grund des inzwischen im Druck erschienenen Sitzungsprotokolls nach. Genosse Vorkmann hat diesmal sogar nur 32 Stimmen erhalten. Gewählt wurde der bisherige Beisitzer-Stellvertreter Friederici. Das Recht der Minderheit zu wählen, hält sich der Kommunal-Freisinn, der in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung das große Wort führt, nach wie vor für nicht verpflichtet. Zur Besetzung des nun frei gewordenen Postens eines Beisitzer-Stellvertreters wird am Donnerstag eine Wahl stattfinden.

Die fortgesetzten Klagen der Anwohner der Hochbahn über zu hartes Geräusch der Züge auf der Oststrecke haben, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, die Aktien-Gesellschaft Siemens u. Halske veranlaßt, Versuche vorzubereiten für eine Abänderung des Oberbaues, durch welche das Geräusch, wie die Sachverständigen hoffen, wesentlich abgemildert werden wird. Diese schon vor längerer Zeit beschlossenen Vorbereitungen sind jetzt so weit gediehen, daß voraussichtlich schon im Laufe der nächsten Woche eine Probefahrt für die neue Lagerung des Oberbaues zur Ausführung gelangen dürfte. Die erforderlichen Arbeiten müssen ohne Störung des Betriebes, also nachts, ausgeführt werden, während sie bei Tage, soweit möglich, nur vorbereitet werden. Wie wir hören, handelt es sich bei den Versuchen vorwiegend um eine Auswechslung der Schwellen, welche auf der schallstilleren Weise in eine Lage von Wismutstein-Schotter gebettet werden sollen. Diese Art Bettung bietet trotz ihrer Leichtigkeit ein wirksames Mittel zur Dämpfung des rollenden Geräusches, als die schwerere und härtere Kiesbettung. Die Ausführung dieser Arbeiten hat natürlich zur Voraussetzung, daß die Schienen naheeinander herausgenommen werden müssen. Die Anordnung von Hilfsplatten zwischen Schienen und Schwellen, an den Auflagern der ersteren, wie sie am Wasserthor versuchsweise ausgeführt worden ist, hat sich nicht bewährt. Mit den neuen Versuchen soll zunächst in der engen Gitchinerstraße, in welcher am meisten über das Hochbahn-geräusch geklagt wird, begonnen werden.

Wasserstot und Fernsprechtetrieb. Viel gewaltiger und folgenschwerer als bisher bekannt ist der Umfang der Störungen im Fernsprechtetriebe, welche durch das Unwetter am Montag vor acht Tagen hervorgerufen worden sind. Fast die gesamten nördlichen Vororte sind durch die Katastrophe betroffen und der Fernsprechtverkehr zwischen diesen und Berlin ist noch jetzt so gut wie gänzlich aufgehoben. Es ist auch noch gar nicht abzusehen, bis zu welcher Zeit die Störungen beseitigt werden können. Zwischen Berlin und Pankow sind im ganzen nur drei Hauptleitungen gebrauchsfähig und zwar von den Ämtern III und I, und diese sind derartig belastet, daß die Ueberleitung von anderen Vermittlungs-Ämtern zu den oben genannten unter keinen Umständen erfolgen kann. Hierdurch ist jede Verbindung zwischen Pankow und den Fernsprech-Ämtern II, IV, VI, VII, VIII und IX ausgeschlossen. Ähnlich liegen die Verhältnisse mit Reinickendorf, welches nur vier gebrauchsfähige Verbindungsleitungen besitzt, und so ist es auch hier den meisten Teilnehmern unmöglich, Gespräche mit Berlin zu führen. Die Ämter I, III, IV, VI und VII können überhaupt keine Vermittlung nach Reinickendorf über-

nehmen. Eine ganze Anzahl von nördlichen Vororten besitzen jedoch kein eigenes Vermittlungsamt, sondern erhalten ihre Verbindungen durch Pankow und Reinickendorf. Es gilt dies beispielsweise von den Ortsteilen Hermsdorf, Dalldorf, Rosenthal, Französisch Buchholz, Heinersdorf, Nieder-Schönhausen und so weiter. Die Bewohner dieser Ortsteile empfinden die Störung um so schwerer, als bei den großen Entfernungen und den häufig mangelhaften Verbindungen nicht wieder einzubringende Zeit- und Geldverluste entstehen. Die gänzliche Beseitigung der Betriebsstörungen auf dem Amt III dürfte, wie den Teilnehmern auf Anträgen von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, nicht vor nächstem Montag zu erwarten sein, obwohl Tag und Nacht an der Erneuerung der in die Centrale führenden, völlig gebrauchsfähigen Kabel gearbeitet wird. Aber auch diejenigen Fernsprech-Teilnehmer, deren Kabel bereits erneuert sind, klagen vielfach darüber, daß die Leitung außerordentlich mangelhaft funktioniert und die über Amt III geführten Gespräche undeutlich, ja geradezu unverständlich sind und somit selbst die reparierten Fernsprecher zwecklos erscheinen. Leider ist zu befürchten, daß derartige Betriebsstörungen im Fernsprechtreiben öfter, nach jedem größeren Gewitterregen eintreten können. Wie uns mitgeteilt wird, sind die Wasserleitungen durch die Kabelarbeiten in die Kellereien des Fernsprechts III gebrochen, in dessen Bezirk die meisten städtischen Ueberwachungsgebiete sich befinden. Die weitere Ausdehnung der unterirdischen Kabelarbeiten, so angenehm sie auch sonst empfunden wird, dürfte sich demnach geradezu verhängnisvoll erweisen, falls nicht durch eine doppelte Sicherung der Kabel die Wiederholung solcher Katastrophen vermieden wird.

Ueber den Stand des Milchkrieges referierte in der am gestrigen Montag stattgefundenen Sitzung des freisinnigen Bezirksvereins der südlichen Friedrichstadt der Stadtverordnete Lutz-Schöneberg. Der Redner kritisierte das Abkommen der Firma C. Wolke mit der Milchcentrale in sehr abfälliger Weise. Im ganzen seien es nur 70 kleine Milchhändler gewesen, die sich aus finanziellen Gründen die Milch von der Centrale schaffen mußten. Diese unbedeutende Desertion aus dem Lager der Milchhändler hatte Herr Wolke als Vorwand benutzt, um seinen Frieden mit den Agrariern zu machen. Als ehrlicher Mäker habe Herr Landwirtschafts-Minister v. Bobbelski gebietet, der die Firma C. Wolke mit Herrn Ring ausgeführt habe. Leider liege nun nach dem Abfall des größten Milchhändlers die Gefahr vor, daß der Milchkrieg noch längere Zeit dauern werde. Wie die Berliner Bürgerschaft das Verhalten des Herrn Wolke aufgefaßt, gehe aus den massenhaften Aufbestellungen hervor. Diese seien so groß, daß Herr Wolke dasjenige Quantum Milch, welches er der Milchcentrale abnehmen müsse, übrig behalte. Redner tritt dringend dafür ein, daß die Stadt auf ihren Rieselplätzen wieder Milchwirtschäften in größerem Stille einrichte. Bei Einstellung von tausend Kühen auf jedem Gut würden die Ausgaben pro Jahr und Rieselgut 543 829 Mark, die Einnahmen, wenn der Preis pro Liter auf 12 1/2 Pf. normiert werde, 570 312 M. betragen, so daß also sichere erhebliche Gewinne in Aussicht ständen. Diese städtische Selbstproduktion müßte in erster Reihe den städtischen Kranken-, Bahnhäusern u. zu gute kommen, vorausgesetzt, daß dem Vieh neben Rieselheu auch Kraftfutter gegeben würde. Daß etwa im kommenden Sommer die Milchzufuhr aus den Provinzen aushöre, erklärte Redner für gänzlich ausgeschlossen. Die Versammlung beschloß hierauf folgende Resolution: „Der Magistrat möge baldigt bei der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage einbringen, dahingehend, größere Milchwirtschäften auf den Rieselplätzen zu errichten, um so der Milchvermehrung in Berlin durch die agrarische Centrale entgegenzutreten.“

Herr v. Rheinbaben und das Schicksal des alten Botanischen Gartens. Der Wunsch für die Erhaltung des Botanischen Gartens als öffentlicher Park hatte kürzlich beschlossen, Gewißheit über den Stand der Angelegenheit, namentlich auch über das Schicksal der im vergangenen Sommer abgekauften Inmmediateingabe zu erhalten und zu diesem Zweck eine mündliche Aussprache mit dem Finanzminister nachgesucht. Daraufhin ist jetzt vom Freiherrn v. Rheinbaben folgende Antwort an den Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Stadtverordneten-Vorsteher Gustav Müller-Schöneberg eingegangen: „Auf die gefällige Eingabe vom 7. d. M. erwidere ich Ew. Hochwohlgeborenen ergebend, daß auch ich gleich meinem Herrn Amtsvorgänger nach Lage der Verhältnisse nicht darauf verzichten kann, einen erheblichen Teil des alten Botanischen Gartens für Zwecke der Bedienung zu verwenden, aber bereit bin, den mittleren Teil desselben in der Lage an der Potsdamerstraße der Stadt Berlin zur Unterhaltung als öffentlicher Park zu überlassen, falls derselbe zur Zahlung eines angenehmen Preises bereit ist. Da indes städtischerseits eine Antwort auf das Anerbieten meines Herrn Amtsvorgängers vom 17. Oktober 1896 bis heute noch nicht erfolgt ist, andererseits auch nach den Mitteilungen des Herrn Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten die Inangriffnahme der Aufstellung des Gartengeländes für die nächste Zeit noch nicht möglich ist, so kann ich mir von einer mündlichen Erörterung der Angelegenheit zur Zeit einen Erfolg nicht versprechen und stelle deshalb anheim, von der Abordnung einer Deputation einstweilen Abstand zu nehmen.“

Es wird nunmehr infolge dieses Bescheides eine Petition an die Stadtverordneten-Versammlung von Berlin abgefaßt werden.

Eine Hochzeit mit Hindernissen, die am letzten Sonnabend gefeiert worden ist, wird in Berlin sowie in der Kolonie Wildau bei Königs-Wusterhausen viel besprochen. Ein Arbeiter der Schwarzpöppchen-Maschinenbau-Anstalt in Wildau, der mit einem Mädchen aus Berlin den Bund fürs Leben schließen wollte, meinte das nicht ohne die Mitwirkung eines Geistlichen thun zu dürfen. Er legte sich, da er Katholik ist, mit dem Pfarrer Frank von der katholischen Pfarke in Berlin in Verbindung, und es wurde vereinbart, daß die kirchliche Einsegnung des Paares Sonnabend, den 19. April, nachmittags 4 Uhr stattfinden sollte. Nachdem die standesamtliche Trauung vollzogen war, rüstete man sich zu dem friedlichen Akt, der dem Eheband erst die richtige Weihe geben sollte. Die ganze Hochzeitsgesellschaft fuhr nach Königs-Wusterhausen, begab sich nach der blumengeschmückten Kapelle, nahm vor den brennenden Kerzen des Altars Platz und hatte nun in andächtiger Stimmung des Herrn Pfarrers. Als 4 Uhr heranfam, war der Herr Pfarrer noch nicht da. Das wurde zunächst nicht weiter über bemerkt; denn auch ein Pfarrer kann sich einmal verspäten. Aber es wurde 1/2 5, es wurde 5 — und der Herr Pfarrer war noch immer nicht da. Wenn die Hochzeitsgesellschaft bisher in Geduld und Ergebung, wie es sich einem Pfarrer gegenüber geziemt, ausgeharrt und gewartet hatte, so fing sie nun doch an, etwas unruhig zu werden. „Sollte der Herr Pfarrer am Ende — — ?! Aber nein, das war ja nicht auszubedenken!“ Also wurde weiter gewartet. Es wurde 1/6, es wurde 1/6, es wurde — Ja, zum Donnerwetter! Wo bleibt denn der Herr Pfarrer?! Katholik sagte das keiner der seit mehr als 1 1/2 Stunden wartenden Hochzeitsgäste — denn so höfliche Worte schiden sich nicht mit Bezug auf einen Pfarrer — aber gedacht hat es wahrheitlich mancher unter ihnen. Man verhandelte mit dem Kirchendiener, mit dem jungen Ehemann, mit feiner jungen Frau. Sollte noch länger gewartet werden? Oder sollte das Paar ohne die Zustimmung des Herrn Pfarrers in den Ehestand treten? Alles war in pe nischter Verlegenheit, in wachsender Unruhe. Endlich — es war inzwischen gegen 6 Uhr geworden — rief auch dem jungen Ehemann die Geduld. Er erklärte, nun nicht mehr länger warten zu wollen, und gab das Zeichen zum Aufbruch. Unverrichteter Sache und in keineswegs gehobener Stimmung verließ die ganze Gesellschaft die Stätte der Anbahn, um nach Wildau zurückzukehren. Auf der Heimfahrt machte sich die allgemeine Erregung Luft. „Nein, so etwas ist ja noch gar nicht dagesesen!“ Die junge Frau war ärgerlich, der

